

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Dienstag, den 28. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Maulkorb.

Das Maulkorbgesetz im preussischen Abgeordnetenhaus entspricht so ganz den Herzenswünschen der Ritter und Heiligen, denen kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, als den Gegner mundtot zu machen. Sie fühlen selbst, daß sie im Kampfe der Geister stets schlecht abschneiden, weil sie eine schlechte Sache verteidigen, die auch durch das stärkste Weiskalngewehr auf der rechten Seite nicht besser gemacht werden kann. Der neue Maulkorb für die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus ist indessen nach einem „berühmten Muster“ gearbeitet und es ist wohl angebracht, daß man an dieses „Muster“ erinnert, als eine Erscheinung in der Geschichte des Parlamentarismus, die beweist, welche rücksichtslosen Gebrauch die herrschenden Klassen von ihrer Übergewalt gegenüber den Vertretern des Proletariats zu machen gewohnt sind. Wenn heute die konservative Flagge die Ladung deckt, so hat es früher die nationale liberale getan.

Der jetzt für das Abgeordnetenhaus bestimmte Maulkorb ist auch im Reichstage schon in Gebrauch gewesen.

Der erste nationalliberale Präsident **Simson** hatte es an rigoroser Behandlung der Sozialdemokratie nicht fehlen lassen; er zog sich aber zurück, nachdem **Bebel** ihm wegen einer Verletzung der Geschäftsordnung eine böse Blamage bereitet hatte. Der zweite nationalliberale Präsident, **Fordckenbeck**, trat gerabezu terroristisch gegen die Sozialdemokratie auf. Wie die Junker es heute auch tun, forderte Fordckenbeckes Gesinnungsgenosse **Bamberger** die Sozialdemokratie zu „manierlichem Benehmen“ auf, derselbe Bamberger, der 1849 ausreißender Rebell war und dann nationalliberal wurde, um später wieder freisinnig zu werden.

Die sozialdemokratische Fraktion war unter dem Präsidium Fordckenbeck erst neun, dann zwölf und dann wieder neun Mann stark. Diese numerische Schwäche wurde von Fordckenbeck gründlich ausgenutzt. Es war der Fraktion schon schwer, einen selbständigen Antrag einzubringen, denn dazu waren 15 Unterschriften erforderlich, und die bürgerlichen Parteien suchten etwas darin, die fehlenden zu verweigern. Selbst beim großen Arbeiterfähigkeitsantrag konnten sie nur mit Mühe zusammengebracht werden, obwohl bald darauf alle Parteien in „Arbeiterchutz“ machten. Aus dem Seniorenkongress waren die Sozialdemokraten ausgeschlossen; auch durchweg aus den Kommissionen; auch beim Sozialistengesetz wurde kein Sozialdemokrat zur Kommission zugelassen. Erst als die Fraktion 24 Mann stark geworden war, bequemte man sich, ihr auch die entsprechenden Sitze in den Kommissionen einzuräumen. Es sei übrigens nicht verschwiegen, daß es damals viele Parteigenossen gab, die wieder in dem Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in die Kommissionen ein zu weitgehendes Zugeständnis erblickten.

Die Rednerliste wurde von Fordckenbeck mit souveräner Willkür gehandhabt. Als die kleinste Fraktion kam die Sozialdemokratie stets zuletzt und sehr oft kam sie gar nicht dran. Es kam vor, daß sich Abgeordnete zehn- bis zwölffach, ja noch öfter meldeten, bis sie endlich das Wort erhielten. So ging es unter anderem dem Abgeordneten **Mosé**, welcher sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet fühlte, sich im Reichstage einmal hören zu lassen. Er meldete sich mehrmals gleich beim Beginn der Sitzung — vergeblich! Da beschloß er, bei der Etatsberatung sich zu jedem Punkte zu melden. Mehrere Tage vergingen; **Mosé** bekam das Wort nicht. Da endlich ward ihm das Wort erteilt bei dem Punkt „Militärbadeanstalten“. Soweit trieb Fordckenbeck seine Bosheit.

Unter Fordckenbeck kam auch die berühmte Tätigkeit des Abgeordneten **Valentin** in Schwang, welche als „Valentiniere“ sprichwörtlich geworden ist. **Valentin**, Abgeordneter für Schwarzburg-Sondershausen, war eine politische Null, suchte sich aber in echt nationalliberaler Weise um das Vaterland verdient zu machen. Er ließ eine große Anzahl Formulare drucken des Inhalts: „Beantworte die Schlüsse der Debatte“ und stellte diese Formulare dem Präsidenten zur beliebigen Verfügung. So konnte dieser mit der damaligen 150 Mann starken nationalliberalen Fraktion nach Belieben die Debatte schließen. Man sah oft ein interessantes Würfelspiel zwischen dem Präsidenten und **Valentin**, wenn der letztere ungeduldig mahnte, das Fallbeil des Schlusstranges in Bewegung zu setzen. Hundertmal wurde den Sozialdemokraten so das Wort abgeschnitten. Indessen verfiel dieser **Valentin** der Lächerlichkeit, wozu ein von dem demokratischen Frankfurter Abgeordneten **Dr. Hölthoff** in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichtes und wichtiges Feuilleton nicht wenig bei-

trag, und in einer öffentlichen Versammlung zu Arnstadt wurde dem „Schlusmacher“ durch den Genossen **Bock** von Gotha eine schmächtige Niederlage bereitet, so daß er „wie abgedonnert“ dasaß!

Dieser vom Präsidenten **Fordckenbeck** ausgestrahlte „Geist“ ging auch teilweise auf das Beamtenpersonal im Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße über. Namentlich fand er eine geeignete Hülle in dem damals sehr bürokratisch auftretenden frommen Bureaudirektor **Rnack**, welcher tat, als hätte er den Abgeordneten Befehle zu erteilen. Während des Sozialistengesetzes wollte dieser „staatsverhaltende“ Beamte der sozialdemokratischen Fraktion, als sie eine außerordentliche Sitzung anberaumte, ein Zimmer dazu verweigern. Da kam er aber an den Urrechten bei dem damaligen Fraktionsvorsitzenden **Hafenreder**, der „sentimentalen Eiche“, wie er als echter Sohn Westfalens genannt wurde. **Rnack** wurde von **Hafenreder** dermaßen „angehaucht“, daß er völlig zusammenknackte und unter tausend Entschuldigungen sich beeilte, ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen.

Aber damit waren die Schikanen, die man der sozialdemokratischen Fraktion antat, noch nicht erschöpft. Den Sitzeln der politischen Polizei wurde das Reichstagsgebäude geöffnet. Nicht nur, daß jeder Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion seinen speziellen Spigel hinter sich hatte, der ihn von morgens bis abends verfolgte, womit man die Verbindungen der Abgeordneten in Berlin ausfindig machen wollte — auch auf den Korridoren des Reichstagsgebäudes schlichen Spigel umher und horchten an den Türen der Fraktions- und Sprechzimmer. Auch die Polen und die intransigenten Elsäffer wurden bespizelt. Auf der Journalistentribüne hatte sich eine ganze Kolonie von Spigeln eingenistet, die sich dort als „Journalisten“ ständig aufhielten. Der Abgeordnete **Liebke** machte diesem Unfug ein Ende, indem er in der Plenarsitzung darauf hinwies. Dies schlug wie eine Bombe ein und man sah, wie die aufgeschreckten Zwanzigjährigen-Jüngens ellig von der Journalistentribüne sich flüchteten. Man hörte den Zwischenruf: „Sie reiben aus!“, worauf **Liebke** erwiderte: „So haben sie immer noch mehr Scham, als diejenigen, die sie hergeschickt haben.“

Der Präsident **Levekov**, der von dieser Spigelwirtschaft nichts wußte, war höchst empört und versprach in öffentlicher Sitzung, das Haus der Volksvertretung von den Spigeln zu säubern, welches Versprechen er treulich gehalten hat.

Alles — alles schon dagewesen — und auch zur Zeit, da die Nationalliberalen Oberwasser hatten. Dieser sehr wenig ritterlichen Ausnutzung der Übermacht wird auf demselben Wege ein Ende gemacht werden, wie es seinerzeit im Reichstage geschah, durch die Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion. Das Volk wird sie für ihren schweren und tapferen Kampf auch dadurch belohnen, daß es ihr Verstärkung sendet. Dann kann der Fraktion nicht mehr so leicht ein Maulkorb vorgehängt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Hopfenblüten der Raab-Rede, mit der die lewegte Sonnabend-Sitzung des Reichstages schloß, zeitigten am Montag eine die ganze Sitzung ausfüllende Fortsetzung der militär-politischen Generaldebatte, die sonst wohl schon tags zuvor zum Abschluß gelangt wäre. Wie es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anders sein konnte, nahm die Debatte verschiedentlich Züge an, die an die durch **Heinrich Heine** unsterblich gewordene Disputation von **Toledo** erinnern. Herr **Ropsch** vom Freisinn und Herr **Raab** von der Wirtschaftlichen Vereinigung waren die Hauptkämpfer in diesem Streit. Der Unterschied war, daß Herr **Raab** ziemlich einsam blieb, da — vielleicht in zarter Rücksicht auf die Großmütter oder Mütter ihrer Führer nicht einmal die konservative Partei ihm Sukkurs schickte — (der Reichsparteiler von **Derken** suchte den Unparteiischen zu mimen), während Herr **Ropsch** nicht nur von nationalliberaler Seite, sondern auch sogar von Zentrumsseite parlamentarische Hilfstuppen erhielt. Herr **Eröber** sprach mit außerordentlicher Schärfe, die sehr bemerkt wurde, gegen den Antisemitismus, und sagte manches gute Wort über die Verwerflichkeit von Rassenhaß und Ausnahmegesetz. Hoffentlich handelt das Zentrum immer nach diesen Worten. Besonders stark ist diese unsere Hoffnung umso weniger, als das Zentrum schon in dieser Sitzung den Worten **Eröbers** die Tat der Ablehnung der fortschrittlichen Gleichberechtigung-Resolution folgen ließ. Für den wichtig sein sollenden antisemitischen Zusatzantrag, der die Resolution in ihr Gegenteil verkehrt, stimmten nur die Antisemiten der Reich-

lungen **Schack** und **Bruhn**; soviel wir gesehen, hat sich nicht ein einziger Konservativer dafür erhoben. Als sich wirtschaftliche Vereinigung und Reformpartei (zwei Mann stark) von ihren Sitzplätzen erhoben, ergab sich zufälligerweise die Figur eines nahezu gleichschenkligen Dreiecks, dessen Spitze in die ziemlich umfangreiche Gestalt des Herrn **Bruhn** auslief. Innerhalb und außerhalb des Hauses wurden interessante Betrachtungen darüber angestellt, ob der Herausgeber der „Wahrheit“ die für einen militärischen Vorgesetzten notwendige achtunggebietende Erscheinung besitz. — So ist der Kampf der Philosemiten und Antisemiten ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Natürlich bleibt alles beim alten. Der alte Herr von **Derken** — ein gemütlicher, ein ganz klein wenig neuzzeitlich angelaufener, persönlich allgemein beliebter Junker besseren Schlages — hat auf die Möglichkeit einer Art von Mittellinie zwischen den Gefühlen der **Raab** und der **Ropsch** hingewiesen; so etwa von 1950 an werden die Juden auch ohne vorausgegangene Laufe die bisher vermehrte, achtunggebietende Erscheinung besitzen.

Selbstredend hatte Genosse **Schöpplin**, der es der Toledaner Disputation verdankte, als dritter Fraktionsredner in der militär-politischen Generaldebatte sprechen zu können, keine Veranlassung, in das steinerweichende Gesehne der reichen Nichtgetauften um die vorerhaltenen bunten Röcke mit Epauletten einzustimmen. Natürlich betonte unser Redner mit allem Nachdruck den Grundsatz verfassungsmäßiger Gleichberechtigung, legte aber den Nachdruck seiner Ausführungen nicht auf die seelischen Epauletten Schmerzen, sondern auf die sehr realen Schmerzen, die mehrfachen Opfern des Kasernendrills bereitet werden. Dank der parlamentarischen, in erster Linie der sozialdemokratischen Kritik, haben die Soldatenumgehungen im allgemeinen abgenommen; aber wie wenig von ihrem völligen Verschwinden geredet werden kann, bewies Genosse **Schöpplin** in trefflichen Ausführungen an der Hand reichhaltigen Materials. Die Antwort des Kriegsministers bewegte sich in den ausgetretenen Gleisen des üblichen Hurra-Tons. — Am Dienstag kommen die Details der Militärverwaltung heran.

Über die Geschäftslage des Reichstags

plaudert eine Korrespondenz in der „Berliner Börsenztg.“; die Korrespondenz ist der Meinung, daß es gelingt, den Etat bis 1. April fertig zu stellen. Die Regierung hege den Wunsch, zwischen Ostern und Pfingsten die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung in Angriff zu nehmen:

„Es soll wenigstens der Versuch gemacht werden, diese Vorlage zu verabschieden; in parlamentarischen Kreisen steht man diesem Veruche sehr skeptisch gegenüber. Würde der Reichstag die Reichsversicherungsordnung gleich nach Ostern beraten, so würde die Strafprozessordnung ins Hintertreffen geraten. Bei der bisherigen Beratung der Strafprozessordnung haben sich so viele Differenzpunkte zwischen der Mehrheit des Reichstags und der Regierung gezeigt, daß die Verabschiedung dieser Vorlage mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. In eine Verabschiedung des Schiffahrtsabgabengesetzes glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht mehr, doch nimmt man mit großer Bestimmtheit an, daß die elsaß-lothringischen Verfassungsgesetze fertiggestellt werden können. Für die Abhaltung einer Herbstsession dürfte sich im Reichstag kaum eine Mehrheit finden.“

Fortschrittliche Aktionsprogramme.

Die „Freisinnige Zeitung“ kündigt an, daß der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei eine Kommission gewählt hat, die die Aufgabe hat, Sonderprogramme als Anhang zu dem allgemeinen Parteiprogramm auszuarbeiten. — Diese Sonderprogramme werden vermutlich gewisse aktuell politische Mindestforderungen enthalten sollen, auf die sich alle Glieder der neu geeinigten, aber in prinzipieller Beziehung noch recht weit auseinandersetzbenden Fortschrittspartei verpflichten können. Daneben wird man sicher versuchen, die Sonderprogramme so zu gestalten, daß sie den Anschluß an die Nationalliberalen erleichtern.

Vielleicht sehen diese Sonderprogramme gewisse grundsätzliche Forderungen, wie z. B. Einführung des Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten außer Kraft, damit wäre ja einem speziellen Wunsche der Lübecker sog. Liberalen entsprochen werden.

Zu die Brüche gegangen.

Die liberalen Einigungsverhandlungen für die Provinz **Pommern** sind gescheitert, weil sich die Nationalliberalen nicht mit den Fortschrittlichen über die Verteilung des Felles des Bären einigen konnten, der erst noch erlegt werden muß.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

In der Montags-Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Konservativen und dem Handelsminister Sydow. Der Konservative v. Arnim beschwerte sich, daß auch Handelskammern als korporative Mitglieder dem Hansabunde beigetreten seien; er verlangte vom Minister, das zu verbieten. Als Sydow dieses Anstehen mit der Motivierung ablehnte, der Hansabund verfolge wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Zwecke, nicht aber rein politische, erhob sich bei den Konservativen lebhafter Unwille, der in Protestrufen zum Ausdruck kam.

Am übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Beklagt wurde über die Überschwemmung des inländischen Marktes mit ausländischen Wertpapieren; ferner unternehm der nationalliberale Abg. Schröder einen Vorstoß gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine und gegen die angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen. Endlich kamen Klagen über Überlastung des Mittelstandes und schlechte Lage des Handwerks. Der Minister, der wiederholt in die Debatte eingriff, stellte die baldige Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Regelung der Pflichtfortbildungsschule in Aussicht. — Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt werden.

Das antimilitaristische Flugblatt.

Am Sonnabend früh 7 Uhr wurde das Mannheimer Gewerkschaftshaus von einem Aufgebot von Kriminalschützern umstellt. Um 9 Uhr traf aus Karlsruhe der Kriminalkommissar Klaußmann ein, um im Bureau des Verbandes der Heizer und Maschinisten nach dem antimilitaristischen Flugblatt zu hausfuchen, das um Weihnachten in verschiedene süddeutsche Kasernen eingeschmuggelt worden sein soll. Der Verbandsbeamte Ungericht-Mannheim und der Gauleiter Baus vom Maschinistenverbande in Mainz sollen „dringend verdächtig“ sein, das Flugblatt verbreitet zu haben. Verhör und Zeugenvernehmung dauerten von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Selbstverständlich verlief das hochnotpeinliche Verfahren vollständig ergebnislos, da Ungericht auf das bestimmteste nachweisen konnte, mit der Sache nicht das mindeste zu tun zu haben. Ein Telegramm, das Ungericht gegen Weihnachten an den Gauleiter in Mainz sandte, um Verbandsflugblätter zu erhalten, gab die Veranlassung zu der Hausfuchung, die auch in Mainz in der Wohnung des abwesenden Gauleiters vorgenommen wurde. Die Reichspost scheint der Behörde von dem „verdächtigen“ Depeschenwechsel Mitteilung gemacht zu haben. Außerdem soll Genosse Ungericht am 23. Dezember 1910 in Kanderndorf im Schwarzwalde gewesen sein. Auch die Unrichtigkeit dieser Behauptung konnte nachgewiesen werden. Beschlagnahme wurde im Mannheimer Bureau eine Photographie Ungerichts, die dem Gewährsmann der Untersuchungsbehörde vorgelegt werden soll. Der dringende Wunsch Ungerichts, diesen Gewährsmann kennen zu lernen, wurde abgelehnt. Auch die Mainzer Aktion verlief natürlich ergebnislos.

Die ganze Komödie ist nur dadurch zu erklären, daß man gegenwärtig inmitten der Zeit der Karnevalscherze steht.

Handwerkerbund und Reichstagswahlen.

Am Sonntag tagte in Berlin die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Handwerker, die sich u. a. auch mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigte. Der Vorsitzende führte in seinem Referate „Das Handwerk und die nächsten Reichstagswahlen“ aus:

Wir sind national gesinnte Leute, wenn es auch nicht leicht ist, in heutiger Zeit seine nationale Gesinnung zu bewahren. Dem Beamten, der am ersten des Monats weiß, was er zu fordern hat, fällt es nicht schwer, seine nationale Gesinnung zu bekunden, wohl aber dem Handwerker, da die Parteien im Reichstage in erster Linie den Geldsack schützen und sich um die Interessen des Mittelstandes wenig kümmern. Dabei müssen wir uns zusammenschließen und fragen, wie die Reichstagskandidaten sich zu bestimmten Forderungen stellen. Von der Regierung haben wir bisher nur Brocken erhalten. Wir wollen die Entlohnung im Handwerk schützen, wir verlangen die Einführung des allgemeinen Befähigungsmaßes, wir verlangen den Schutz der Bauforderungen. Man hat uns in der Presse den Vorwurf gemacht, wir seien eine konservativ-agrarische Gründung. Das ist eine haltlose Unterstellung. Wir unterstützen jeden Kandidaten, abgesehen von den Sozialdemokraten, der unsere Forderungen unterschreibt. Wir sind auch für die Erbschaftsteuer und verlangen dafür nur zum Ausgleich eine Kottierungsteuer, die auch das mobile Kapital trifft, die Leute, die ihr Geld auf der Englischen Bank haben. Hier unterscheiden wir uns von den Konservativen und dem Zentrum.

Bernünftig denkende Handwerker müssen längst erkannt haben, daß ihre Interessen am wirksamsten nur von der Sozialdemokratie vertreten werden.

Das Polendementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine hiesige Zeitung meldet, daß Gegenstände zwischen dem Oberpräsidenten in Posen und der Staatsregierung, insbesondere die bisherige Nichtanwendung des Entzinsungsgesetzes in Verbindung mit dem Plane, in dem neuen Posener Schloß einen preussischen Prinzen Hof halten zu lassen, die Entfernung des Oberpräsidenten aus Posen bedingten.

Diese Nachricht entbehrt jede Unterlage.

Zentrums-Krieg.

Der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff, der in der letzten Zeit nicht nur einen Rüssel seiner Fraktion, sondern auch ziemlich scharfe Angriffe der Zentrumspresse über sich ergehen lassen mußte, wird gegen das Hauptorgan der schlesischen Zentrumsparthei, die „Schlesische Volkszeitung“, eine Beleidigungsklage anstrengen. „Es dürfte“, heißt das Blatt bekümmert, „wohl der erste Fall sein, in dem ein Zentrumsabgeordneter ein Zentrumsblatt seiner journalistischen Tätigkeit wegen verklagt“.

Das starke Deutschland.

Der serbische Kriegsminister soll dem deutschen Gesandten in Belgrad, von Reichenau, in der Skupstina vorgeworfen haben, er habe sich in der Vertretung von Interessen der Geschützfabrik Ehrhardt von Familien-Interessen leiten lassen. Die deutsche Regierung

hegt wegen des Zwischenfalles unverdächtige Groß. Trotzdem der serbische Kriegsminister am Sonnabend in der Kammer eine lange Erklärung abgab, die einer dem- und wehmütigen Entschuldigung gleichkam, wird nach dem „Lokal-Anzeiger“ aus Belgrad mitgeteilt, von Reichenau sei noch unbefriedigt: entweder müsse der Kriegsminister abtreten oder „vollständige Genugtuung“ geben. Ein serbischer Ministerrat unter Vorhitz des Königs brachte noch keine Lösung des welterschütternden Konflikts.

Es fehlte noch, daß das starke deutsche Reich mit der gepanzerten Faust drohte, um das kleine Serbien zu demütigen. Beleidigungen und brutale Nichtachtungen, die z. B. von Russland ausgehen, werden im Gegenzuge dazu gewohnheitsmäßig als besondere Kennzeichen russischer Freundschaft gewertet.

Inzwischen ist dem Verlangen des deutschen Gesandten in Belgrad, daß der serbische Kriegsminister seinen Abschied zu nehmen habe, Folge gegeben worden. Unsere an Erfolgen so arme deutsche Diplomatie hat natürlich nicht den mindesten Anlaß, etwa mit diesem „Erfolge“ zu prunken; denn auf einen solch kleinen Staat einen Druck auszuüben, ist schließlich kein Kunststück. Ob Deutschland schließlich nicht wirtschaftliche Schädigungen erleidet, bleibt noch abzuwarten.

Es geht vorwärts!

Bei der gestrigen Reichstagswahl in Allenstein-Rüssel erhielten nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen: Rittergutsbesitzer Orłowski-Rugborn (Ztr.) 10 733, Pfarrer Barzewski (Pole) 6793, für Rechtsanwalt Haase (Soz.) 303 Stimmen. Eine Anzahl Bezirke steht noch aus, doch ist die Wahl des Schwarzen sicher.

Bei den Hottentottenwahlen stellte sich das Stimmenverhältnis folgendermaßen: Zentrum 12 944, Pole 5380, Nationalliberaler 3133 und Sozialdemokrat 76 Stimmen. Das Zentrum hat hier also auch einen Stimmenrückgang aufzuweisen, während Polen und Sozialdemokraten an Stimmen zugenommen haben.

Wenn man bedenkt, daß in diesem Kreise eine Agitation von uns nicht entfaltet werden konnte, dann muß man über unsere Zunahme außerordentlich erfreut sein. Es geht auch hier, wenn auch nur langsam, vorwärts!

Kränkungen.

In der serbischen Skupstina soll der Kriegsminister dem deutschen Gesandten v. Reichenau unterstellt haben, er habe sich bei der Vertretung der Ehrhardt'schen Interessen von Familieninteressen leiten lassen. Nach der „Römischen Zeitung“ liegt der Wortlaut der Beschuldigung der zuständigen Berliner Stelle noch nicht vor. „Wenn eine solche Kränkung des deutschen Gesandten ausgesprochen sein sollte, werde für eine nachdrückliche Remedur gesorgt werden.“

Abgelehnte „Liebesgaben“.

Seit mehr als hundert Jahren herrscht in Mainz wie in vielen anderen rheinischen Städten der Brauch, daß die Stadt zur Belohnung der katholischen und evangelischen Geistlichen einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mk. leistet. Auf Antrag des Genossen Ubelung beschloß die Stadtverordneten in Mainz, den Beitrag von jetzt ab abzusehnen.

Deutscher Sanjtag.

Nach Art des Bundes der Landwirte gedenkt auch der Hansabund mit einer Massenversammlung zu imponieren. Auf Montag den 12. Juni ist eine solche Tagung festgesetzt, die in Berlin stattfinden soll.

Zur Kandidatur Baffermann.

Die „Saarbrücker Neuesten Nachrichten“ teilen mit, daß die „Anregung zur Aufstellung einer freisinnigen Sonderkandidatur von der Zentralleitung der Fortschrittsparthei ausgegangen sei. Die nationalliberale Partei habe durch eine solche Kandidatur zu Kompensationen in anderen Wahlkreisen veranlaßt werden sollen. Der Führer der Saarbrücker Freisinnigen, dem die Kandidatur angetragen worden sei, habe sofort abgelehnt und erklärt, er freie sich über die Kandidatur Baffermann und sei entschlossen, in der Wahlagitation für sie einzutreten.

„Politischer Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung“.

Die Schatzmacher unter den Bergwerkskapitalisten lassen in der „Post“ wieder einen Schmerzensschrei über die Sicherheitsmänner ertönen. Unter der Überschrift „Politischer Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung“ wird kritisiert, daß der Bergarbeiterverband an die Sicherheitsmänner ein Schriftchen verteilen ließ, das den Titel trägt: „Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner?“ und das den Sicherheitsmännern empfiehlt, möglichst im guten und ohne Erstattung von Anzeigen gegen Steiger und Arbeiter die Beseitigung von Mißständen zu bewirken. Dieser durchaus vernünftige Standpunkt, nun nicht an allen Ecken und Enden gleich mit Strafen dreinzufahren, sondern durch Belehrung und gute Ratschläge auf größere Beachtung der Sicherheitsvorschriften hinzuwirken, wird so ausgelegt, als verjuchte der Verband, die Steiger für die „sozialdemokratische Bewegung“ zu gewinnen. Statt daß die Einrichtung der Sicherheitsmänner verhöhrend wirke, werde sie hier der „sozialdemokratischen Machterweiterung“ dienstbar gemacht. — Es gehört die ganze Borniertheit der Bergherren dazu, selbst diese Maßnahme des Bergarbeiterverbandes zur Hege gegen die Arbeiter auszuschlachten.

Ein Fastnachtspaß.

In Groß-Raczki (Kassuben) veranstaltete ein polnischer Verein eine geschlossene Sitzung. Ein eifriger Genosch verlangte Zutritt; als man ihm die Tür wies, kletterte er durchs Fenster und löste die Versammlung auf. Auf eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde der Landrat Deaudiffin mit der Verantwortung beauftragt. Seine Antwort lautet, wie die „Gazeta Odsaska“ mitteilt:

Ihre Beschwerde vom 31. Dezember 1910 wurde mit Zurückhaltung überliefert; weil es sich hier um eine Beschwerde im Verwaltungsverfahren gegen Genosch handelt. Ihrem Verlangen kann nicht entsprochen werden. Wenn Ihnen dies unangenehm ist, so stelle ich Ihnen anheim, in Zukunft dem Beamten

die Tür zu öffnen. Außerdem werden geschlossene Versammlungen weder bewacht noch aufgelöst.

Wir haben bekanntlich nach Meinung unserer Liberalen ein liberal gehandhabtes Reichsvereinsgesetz.

Bayerische Anarchisten-Angst.

Wie der Münchener Polizeibericht mitteilt, wurden im Anschluß an die polizeiliche Aufhebung einer „Anarchistengruppe“ zwei Schweizer und vier Österreicher aus Bayern ausgewiesen.

Frankreich.

Die französische Kabinettskrisis. Das Kabinett Briand ist definitiv zurückgetreten. — Briand stellt in dem Schreiben an den Präsidenten, in dem er seinen Rücktritt anzeigt, fest, daß die republikanische Mehrheit der Kammer sich in zwei Gruppen gespalten habe. Gewisse Republikaner hätten gegen den Chef der Regierung eine sich unaufhörlich vergrößernde systematische Feindseligkeit gezeigt. Sein Appell zugunsten eines politischen Ausgleichs und der politischen Beruhigung wie zugunsten der Weiterführung des Werkes einer toleranten Verwirklichung der Schule, die jedem Glauben Gerechtigkeit widerfahren lasse, sei nicht verstanden oder entstellt worden. Die daraus gegen ihn hervorgegangene politische Feindschaft mache die Verwirklichung der geplanten Reformen, die das kühnste Programm bildeten, das dem Parlament vorgelegt worden sei, unmöglich. Unfruchtbar Arbeit inmitten von Fallstricken und Winkelzügen sei ihm zuwider. Die Politik des Kabinetts sei siegreich aus allen Zusammenstößen hervorgegangen, aber in seinen Händen sei sie gegenwärtig in Gefahr. Ein anderes Ministerium werde die notwendige Sammlung herbeiführen und das vom Kabinett Briand unternommene Werk in die Tat umsetzen können.

Nun hat den Renegaten, der sich so sicher auf seinem Präsidentenstuhl fühlte, also doch sein Schicksal ereilt. Die französische Arbeiterschaft wird ihm keine Träne nachweinen.

Als erstlich in Frage kommender Nachfolger wird u. a. auch Millerand genannt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 28. Februar.

Der Aufruf zur Reichstagswahl. Die außerordentliche Generalversammlung unserer Wahlkreisorganisation, welche gestern abend im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ tagte, erfreute sich eines außerordentlich starken Besuchs und gestaltete sich die Aufstellung unseres Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl zu einer machtvollen Kundgebung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl“ sprach unser Abgeordneter, der Genosse Theodor Schwarz. Er führte etwa folgendes aus:

An die Gewehre! so lautet heute der Schlachtruf bei allen politischen Parteien. Der gegenwärtige Reichstag wird sein natürliches Ende am 25. Januar 1912 erreichen. Es sind nun schon seit Monaten allerlei Vermutungen laut geworden, daß der Reichstag keines natürlichen Todes sterben wird. Allerlei ist schon über den Wahltermin gemunkelt worden. Heute so, morgen wieder anders. Man sollte gar nicht annehmen, daß eine solche Zerfahrenheit in einem konstitutionellen Staate möglich ist. Da der Termin noch ungewiß ist, muß jede Partei schon jetzt ihre Vorbereitungen treffen. Wenn die Regierung den Reichstag auflöst, so muß sie natürlich einen Grund dafür haben. Sie sucht dabei auch nach einer für sie günstigen Wahlparole. Jetzt hat die Regierung indes noch keine geeignete Parole, um einen gefügigen Reichstag zusammen zu bringen. Seit einiger Zeit wird schon allerlei „vermutet“. Man schwagt wieder von einem Kriege mit England, was in der letzten Zeit immer als Grund zu unseren Flottenrüstungen herhalten mußte. Aber für einen Krieg mit Deutschland ist das englische Volk bestimmt nicht zu haben. Angesichts der kronprinzlichen Verfügungen in Indien, die jeden Tag das Verhältnis mit England als fester bezeichnen nehmen sich Kriegsgerüchte recht sonderbar aus. Bei Wahlen ist die Kriegsgefahr schon oft an die Wand gemalt worden. Ich will nur an den Boulanger-Schwindel von 1887 erinnern. Damals hatte man an allen Orten des Reiches bunte Wälder herausgehängt, auf denen die Franzosen unseren Bayern die letzte Kuh aus dem Stalle trieben. Das war der reine Schwindel. Aber auf Grund dieses Schwindels erhielten wir den Kartell-Reichstag, der die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre verlängerte. Man erinnere sich an den hiesigen „Generalanzeiger“ aus jener Zeit, der damals in Anlaß des Boulanger-Kummels den Beinamen „General Bumbum“ erhielt, weil er jeden Tag mit Kanonen nach Spanien schob. Solche Märsche ziehen heute nicht mehr. Nun haben auch die Liberalen Lübeck mobil gemacht. Einen eigentlichen Liberalismus haben wir in Lübeck freilich nicht mehr, der ist längst zu den Hunden entflohen. Was unter diesem Namen hier vorhanden ist, muß als Farce betrachtet werden. Der hiesige Liberalismus hat sich bekanntlich sogar gegen die Emanzipation der Frauen gewendet. Er hat — obwohl er die Gleichberechtigung der Frau im Munde führt — in der Bürgerschaft die Installation einer weiblichen Leiterin des Lehrerinnen-Seminars abgelehnt. In Wirklichkeit ist es aber Generalmajor a. D. Stern, der bei der liberalen Reichstagskandidatur die erste Geige hier spielt und den Ton angibt. Herr Klein ist nicht linksliberaler Kandidat, sondern er ist der Kandidat des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn Herr Klein liberal sein wollte, hätte er in jener Versammlung — am letzten Dienstag — als der General Stern austrat, dessen Hilfe weit von sich weisen sollen. Statt dessen führt Herr Klein dessen Befehle aus. Er und Herr Diestel gaben die Parole aus: „Das Vaterland über die Partei!“ Der letztere Redner sagte weiter: „Jede Partei müsse Prinzipien zurückstellen.“ Das läßt gewiß recht tief blicken. Vergebens sucht man in der Rede des Herrn Klein nach einem Protest gegen die Finanzreform von 1909; kein Wort über den Justizrrtum in Offen, kein Wort über die Heidentaten der Polizei in Moabit. Alles das hat Herr Klein verschwiegen müssen auf Befehl des Reichsverbandesgenerals. Obwohl die Bevölkerung gerade durch die Finanzreform außerordentlich geschädigt worden ist. Die Rede des Herrn Klein ist das Glaubensbekenntnis eines latten Wahlbürgers, gespickt mit allerlei Märschen. Das Eintreten der Wahlbewegung in die Dreiecklinie — wie Herr Klein geschmackvoll bemerkte — ist ein Werk seines Verbündeten, des Reichsverbandes. Es ist ja auch nicht annehmlich, in dieser Dreiecklinie zu stehen. Herr Klein meinte, nun sei er aber gerufen worden, und um nicht den Wahlkreis zu gefährden, habe er angenommen. Erst sollte Herr Fehling aufgestellt werden, dann Dr. Götz, dann ein Kaufmann oder ein kleiner Fabrikant oder gar ein Handwerksmeister. Aber die Sache hatte jedenfalls ihre Bedeutung.

Ein Geschäftsmann kann sich nicht halten bei der heutigen Diätenzahlung des Reichstages. Sein Geschäft leidet sicher durch die Abgeordnetentätigkeit, die dessen Anwesenheit in Berlin erfordert. Die Parteien wollen ihre Mitglieder gern vollständig besorgen haben, jetzt wo alle Augenblicke namentliche Abstimmungen stattfinden. Ein Handwerksmeister oder Kaufmann müßte von den bürgerlichen Parteien entschädigt werden. Ganz anders liegen die Dinge bei Herrn Postsekretär Klein. Nach § 21 der Verfassung kostet dieser den Parteien kein Geld. Herr Klein ist Reichsbeamter. Sein Gehalt geht fort, wenn er in Berlin ist. Und da brauchen die bürgerlichen Parteien nicht zu zahlen. Herr Klein hat weiter erklärt, wenn in Lübeck nicht eine geschlossene Wahl gegen die Sozialdemokratie steht, wolle er nicht als Kandidat aufgestellt sein. Aber in der bürgerlichen Wahl sind noch die Landwirtebündler und fehlt auch noch das Zentrum. Die ganze Rede des Herrn Klein besteht aus Phrasen und nichts als Phrasen. Als besonders bezeichnend ist hervorzuheben, daß Herr Klein auf republikanischen Boden, auf dem demokratische Staatsrichtungen schon vor Jahrhunderten bestanden haben, ein Loblied auf die Familie Hohenzollern gesungen hat. Noch nie habe ich die demokratische Republik Lübeck in einer Wahlversammlung so angegriffen. Es ist ja auch nicht anders zu verlangen. Herr Klein ist ja auch kein Lübecker und deshalb kann er eben nicht als Lübecker fühlen. Wahrscheinlich hat Herr Generalmajor v. Stern diese Rede vorher erst auf Herz und Nieren geprüft. Auch was Herr Klein über unsere Partei verzapft hat, ist Unfug. Wer sich mit sozialistischer Theorie beschäftigt, weiß, daß Lassalles ehernes Lohngesetz für uns nur noch historischen Wert hat. Es paßt natürlich dem Herrn nicht in den Kram, daß wir unsere Prinzipien nicht alle Jahre ändern, und daß unser Programm überall im Reiche gilt, was bei den Fortschrittlichen wie Lübeck zeigt — nicht der Fall ist. Hierauf ging Redner auf die innere Reichspolitik, besonders auf die Frau Bülow, ein. Den Jütischen Bülow stellte man s. Bt. neben den Heros des 19. Jahrhunderts, neben Bismarck. Ich habe alle Reden Bülows im Reichstage gehört, aber gefunden, daß er durchaus kein großer Staatsmann gewesen ist. Er tänzelte immer auf der mittleren Linie herum. Bald tat er mit den Konservativen schön, bald mit dem Freisinn. Die äußere Politik war während seiner Zeit höchst unfruchtbar. Die Marokkofrage ist heute noch nicht erledigt. Und in Algerien sollte sich die deutsche Diplomatie eine furchtbare Blamage. Dasselbe geschah im Innern. War es vielleicht eine politische kluge Handlung, 1906 wegen Lumpigen 9 Millionen das Zentrum so vor den Kopf zu stoßen, wie es Bülow getan hat? Redner beleuchtete hierauf die Vorgänge von damals im allgemeinen und den Zustand von Südwestafrika im besonderen. Es war damals als der Aufstand ausbrach die Pflicht der Regierung, den Reichstag zusammen zu rufen, und die Mittel für die Expedition bewilligen zu lassen. Man hat dies aber umgangen durch die forcierten „freiwilligen Meldungen“ nach Südwestafrika. Heute liegen uns die Teilnehmer an der Expedition, die geglaubt haben, es handele sich bei den Kämpfen der Pottentotten um ihre Existenz, für die deutschen Soldaten um einen harmlosen Ausflug nach Afrika, in der Petitionskommission fortwährend in den Ohren, weil sie keine Invalidenunterstützung erhalten. Die Sozialdemokraten haben die 29 Millionen damals ganz abgelehnt. Das Zentrum hat nur 9 Millionen gestrichen. Und deswegen erfolgte die Reichstagsauflösung. Deshalb erließ Bülow den Silberbrief an den Reichstagspräsidenten, ihm gegen Sozialdemokratie und Zentrum zu helfen. Nun kamen die neuen Männer in den Reichstag. Dem Zentrum hatte der Kanzler gar keinen Abbruch getan. Das Zentrum kam in alter Stärke zurück. Bülow sah, daß die Geschichte nicht geklappt hatte. Er wandte sich nun nicht gegen das Zentrum sondern gegen uns Sozialdemokraten. Seine Reden sind fast ausschließlich gegen uns gerichtet. Redner bespricht dann die kleine Finanzreform Stengels und den 400-Millionen-Raubzug, und erwähnt auch die Novemberstürme von 1908, in denen das persönliche Regiment schwere Wunden davontrug und aus denen das Zentrum als Wilhelm mit Bülow resultierte. Auch die Zertrümmerung des Pottentottenblocks wurde nochmals beleuchtet. — Wenn nun die Gesundung der Reichsfinanzen durch den 500-Millionen-Raubzug behauptet wird, so ist dies, wie wir vorher sagten, nicht eingetroffen. Wir stehen schon jetzt wieder vor einer neuen Reichsfinanzreform. Natürlich wird man sich hüten, diese jetzt vor den Wahlen einzubringen. Das hebt man bis nach den Wahlen auf. Das Zentrum wird auch aus den nächsten Reichstagswahlen wahrscheinlich ungeschwächt hervorgehen. Zahlreiche katholische Arbeiter sind eben noch so dumm, ihre Messer selber zu wählen. Das liegt nicht so sehr an den Männern, sondern vor allem an den Frauen. Wenn sie auch noch so elend leben, durch die Pfaffen und die Kapläne werden sie bearbeitet. Ich wollte, unsere Frauen peitschten ihre Männer so zur Wahlurne, wie das die katholischen und polnischen Frauen tun. Hierauf erörtert Redner die schwebenden Gesetzesvorlagen. Zuerst die Reichsversicherungsordnung, die über 2000 Paragraphen umfaßt. Da ist die Kommission schon seit vorigem Sommer und brütet über das Ei der Reichsversicherungsordnung, die ganz undenkbar von diesem Reichstage erledigt werden wird. Das gleiche gilt vom Arbeitskammergesetz, vom Straf-, vom Kuppelgesetz und vom Gerichtsverfassungsgesetz. Auch diese werden zum Teil unerledigt bleiben. In der Petitionskommission haben wir 100 Berichte fertiggestellt, die alle noch nicht erledigt sind. Die Presse hat recht. Es werden jetzt tatsächlich im Reichstage endlose Reden zum Fenster hinausgeschleudert, aber die längsten von den bürgerlichen Parteien, vor allem vom Zentrumsheros Mathias Erzberger. Das ist ganz natürlich. Das sind Wahlvorbereitungen. Früher wurde der Reichstag schon im Oktober einberufen. Wegen den Diäten beruft man jetzt den Reichstag so spät ein. Daraus folgert, daß eben die meisten Gesetzesvorlagen nicht aufgearbeitet werden können. Sodann bespricht Redner die gegenwärtige politische Lage. Man bereitet zu Wahlzwecken eine Englandbege vor, obwohl in Wirklichkeit überall Ruhe herrscht. Wenn natürlich die horrenden Flottenrüstungen so unerlös fortgesetzt werden, muß das befremdend auf England wirken. Die ganze Flottenrüstung hat ja einen kapitalistischen Hintergrund. Wenn keine Kriegsschiffe gebaut werden, können die Panzerplattenfabrikanten eben keine so hohen Profite wie bisher einsacken. Zu diesem Zwecke wurde ja auch der Kolonial- und Bankensich Dornburg eingesetzt, der den Diamantenrummel machte. Die Diamanten sind durch Dornburgwanderung von Süd- nach Südwestafrika hinübergekommen. Heute ist die Diamantenherlichkeit und auch Dornburg ins Meer der Vergessenheit gesunken. Die Interessenten wären froh, wenn sie ihre Gelder für die Diamantenwerte zurück bekommen würden. Redner zerstückelt dann eingehend den Reichs-Stat der unseren Lesern schon bekannt ist. Wer nicht in der Budgetkommission sitzt, kann sich schwerlich einen Begriff von der Verwicklung im Stat machen. 18756 Mt. Ausgaben für einen Major müssen in 8 Kapiteln zusammengefaßt werden. Das nennt man knifflig. Für Militär und Marine sind 1780 Millionen Ausgabe zu verzeichnen. Von den Bruttoeinnahmen bleiben danach 1100 Millionen für Kulturzwecke übrig. 98,3 Proz. entfällt auf das Reich, von seinen Nettoeinnahmen für militärische Zwecke aus. Das ist

ein unhaltbarer Zustand. Redner behandelt dann ausführlich die deutsche Anleihe- und Schuldenwirtschaft. Die Tatsache ist unbestritten, daß der neue Reichsanzeiger nicht der Mann ist, das Volk von dieser Last zu befreien. Er vergrößert die Bürde. Ein Schwächer wie Bülow ist er nicht. Aber etwas mehr sollte er aus sich herausgehen um dem deutschen Volke reinen Wein einzuschlecken. Bethmann-Hollweg gibt sich alle erdenkliche Mühe die bürgerlichen Parteien für den Wahlkampf zusammen zu schließen. Aber „seine Kreise werden immer gestört.“ Der ungetrübte König von Preußen, Herr v. Hegdebrand und der Kaiser, spuckt dem Reichsanzeiger bei diesen Bemühungen immer wieder in die Suppe. Hegdebrands Politik geht dahin, die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten, sie zu Aufständen zu treiben und zu pöbeln zu veranlassen. Aber vor dieser Politik graut dem Reichsanzeiger. Er mag auch tun was er will, die Sozialdemokratie bekommt er nicht mehr unter. Die ist ihm über den Kopf gewachsen. Wenn einst (1890) das kleine Häuflein der Sozialdemokraten das Schandgesetz niederrannte, so würde heute von unserer Millionenpartei jedes Ausnahmegesetz bezwungen. Bethmann-Hollweg will uns nun die Waffen aus der Hand schlagen, die uns die Macht verleihen. Er propagiert den Kampf gegen unsere Presse, gegen die Konsumvereine, gegen die Gewerkschaften, zum Teil durch die unerledigten Gesetze. Diese bekommen die Herren aber bis zum Ende dieses Reichstages nicht mehr fertig. Dafür werden wir sorgen. Ungefährlich dieser Machenschaften müssen die Arbeiter auf der Hut sein. Tua res agitur. Es ist Deine Sache, rufe ich Dir zu, Lübecker Arbeiter. Es ist Eure Sache, Ihr Gewerkschaftler, um die es sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl handelt. Wehrt Euch Eurer Haut. Tut Eurer Pflicht und bahnt den Sozialdemokraten den Sieg. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde Genosse Theodor Schwarz einstimmig wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. Er nahm die Kandidatur an und dankte für das Vertrauen, das die hiesige Arbeiterschaft ihm schenkt.

Im dritten Punkt der Tagesordnung „Wahlvorbereitungen“ wurde über die zur Förderung der Organisation und Agitation zu unternehmenden Schritte beraten, was eine längere Debatte hervorrief an der sich eine größere Anzahl von Genossen beteiligten. Hierauf wurde beschlossen, wie in früheren Wahlkämpfen auch diesmal Sammelstellen heranzugeben, um durch diese einen Teil der Wahlkosten aufzubringen. Gegen Mitternacht schloß der Vorhänge Genosse Löw die imposante Versammlung, die zu den schönsten Hoffnungen für die Reichstagswahl berechtigte.

Schwindel. Besonders in der Wahlbewegung wird von unsern Gegnern oft damit operiert, daß dieser oder jener Sozialdemokrat oder Arbeiter einmal irgendwo Unterschlagungen oder ähnlichen Vertrauensmißbrauch begangen habe. Man sucht auf diese Weise den Anschein zu erwecken, als ob viele leitende Personen der Arbeiterschaft Diebe und Betrüger seien, in der Hoffnung, daß auf diese Weise politische Kinder und Einfaltspinsel einen Abscheu vor der Sozialdemokratie erhalten. Daß solche Meldungen von angeblichen Unterschlagungen sozialdemokratischer Geschäftsführer meistens plumper Schwindel sind, dafür liefern die „Lübeckischen Anzeigen“ in ihrer Sonntags-Abendausgabe wieder einmal den schlagendsten Beweis. Unter Kostock war dort folgende Notiz abgedruckt:

Flüchtiger Geschäftsführer. Das „Mecklbg. Tagebl.“ schreibt: Nach hier umlaufenden Gerüchten soll der Geschäftsführer des hiesigen sozialdemokratischen Konsumvereins, Bugdahn, flüchtig geworden sein. Man spricht von einem Fehlbetrag von 80 000 Mt.

Diese Nachricht ist nichts wie eitel Schwindel und Ehrabschneidererei, an der kein wahres Wort ist. Man merkt aber die Absicht unserer Gegner, wenn man in Betracht zieht, daß sie von einem sozialdemokratischen Konsumverein fasseln, obwohl sie genau wissen, daß Konsumvereine überhaupt nichts mit Parteipolitik zu tun haben und zu tun haben dürfen. Es liegt eben System in dieser Ehrabschneidererei, wie sie unsere Gegner betreiben.

b. Schöffengericht. Auserkürte Beamtentätigkeit führte im vorigen Monat zu einem Zusammenstoß zwischen einem Lübecker Bürger und Schulheute. Der Resseltschmid J. kam am 23. Januar mit seiner Frau und mehreren Kollegen gegen 1/6 Uhr morgens nach einem Balle die Mengstraße hoch. In der breiten Straße erklärte der Angeklagte seinen Begleitern an einer Straßlaterne ein früheres Erlebnis. Auf der anderen Seite kam ein Schuzmann herangeläufen, der an ihm, daß auf ihn Stichelreden gehalten wurden. Er trat auf die Leute zu und sagte in barschem Tone zu dem Angeklagten, er solle das Anfasseln der Laterne unterlassen; in übrigen rieche er nach Spirit und habe hier nichts zu suchen. Auf die Eingegnung des J., der Schuzmann habe das, was er getrunken nicht bezahlt, es ginge ihn nichts an, als Lübecker Bürger könne er die Laterne anfasseln so viel er wolle, packte der Schuzmann den Angeklagten, warf ihn zur Erde und drückte ihn nieder. Dies wiederholte sich, trotzdem J. sich freiwillig erbot, mit zur Wache zu gehen. Auf der Wache ist J. dann nach seiner Angabe niederträchtig verhauden worden — die Zeugen hörten draußen die Hilferufe — und seine Frau slog auf die Straße. Der Angeklagte gibt zu, dem Schuzmann 126 zugerufen zu haben: Sie Lämmel sollten sich sämen, einen Familienvater zu schlagen. Den Schuzmann habe er auf der Straße nicht ins Gesicht geschlagen, daß er blutete und der Helm vom Kopfe slog. Die drei Zeugen bekunden fast übereinstimmend, der Schuzmann habe den Angeklagten hingeworfen und sei auf ihm gekniet. Ganz bestimmt will ein Zeuge gesehen haben, wie der Schuzmann den Angeklagten bei der Gurgel gepackt und ihm Kragen und Krawatte abgerissen habe. Auf dieses Argument erwidert der Schuzmann, der Angeklagte habe dies wohl selbst getan. Die Schulheute bestreiten jede Mißhandlung, sie hätten J. nur zur Wache geschleppt, weil er sich widersetzt habe. Von der Prügelei auf der Wache wissen die beiden Beamten nichts, sie wollen ihn nur an den Armen gepackt und auf die Bank niedergedrückt haben, weil J. sich weigerte zu sitzen und zugerufen habe: Ihr Lämmel, ich werde euch schon kriegen. Der Anwalt vertrat die Ansicht, die geleisteten Tode der Schulheute müßten höher bewertet werden als die der drei Zeugen, die das Gegenteil von dem behaupteten, was die Schulheute aussagten. Er beantragte wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt sechs Wochen, wegen Beleidigung zwei Wochen und wegen Sachbeschädigung (durch das Schütteln der Laterne entstand ein Schaden im Betrage von 1.45 Mt.) ebenfalls zwei Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Wittern vertrat den Angeklagten wirkungsvoll und hob hervor, daß aus einem ganz harmlosen Anlaß durch den Überseiner der Beamten großes Aufsehen gemacht worden sei. Eine unerhörte Vergewaltigung sei in einem Wehrlosen begangen worden. Der Jurist Lämmel sei in der Notwehr begangen und in der Lage, in der sich J. befunden habe, zu verstehen. Er plädierte auf Freisprechung oder höchstens auf eine kleine Geldstrafe. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Sachbeschädigung frei, verurteilte ihn aber wegen Widerstandes zu 60 Mt. und wegen Beleidigung zu 20 Mt. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis.

und in die Kosten des Verfahrens. Es nahm mildernde Umstände an, weil die Beamten aus einer geringfügigen Ursache heraus mit einer Schärfe und Rauheit vorgegangen seien, zu der keine Veranlassung vorgelegen habe.

Der Maskenball des Gesangsvereins „Gutacht“ hatte am Sonntagabend eine so zahlreiche Teilnehmerzahl nach dem Gewerkschaftshaus gelockt, daß die meisten Räume kaum instande waren, allen Gästen Unterkunft zu gewähren. Frohsinn und Humor führten das Zepter in dem karnevalistischen Treiben, das sich schon in den frühen Abendstunden entwickelte. In dem bunten Gewirr der Masken vergaß man leicht die Sorgen und Beschwerden des Alltagslebens. Um 8 Uhr formierte sich der mehr als 800 zum Teil sehr hübsche Masken zählende Zug und setzte sich in Bewegung, um die ulkige und satirische Rede des Prinzen Karneval entgegenzunehmen. Man weiß ja, heutzutage reben manche Prinzen mehr als gut ist. Prinz Karneval ist eben auch Prinz und weshalb sollte er die Gepflogenheiten seiner Standesgenossen nicht mitmachen? Dann spielte die Musik zum Tanz und lustig drehten sich die Paare und Pärchen, so gut es ihnen die drangvoll fürchterliche Enge gestattete. Die Stunden verriechen im Fluge und der junge Tag graute bereits, als die letzten Festteilnehmer das Lokal verließen.

ph. Wer ist der Eigentümer? Am Montag, den 27. d. Mts., wurden hinter dem früheren, zum alten Bahnhof gehörigen Fohlshuppen, unter einer Bretterbude, folgende, zweifellos aus einem Diebstahl herrührende Gegenstände gefunden: 24 um den Hals zu tragende Damen-Uhrketten aus gelbem Metall, aneinander Doblegold, 20 eben solche Damen-Halsketten und 8 Kettenarmbänder aus weißem Metall. Sämtliche Ketten sind neu und befinden sich auf einem Karton, der die Aufschrift „Nouveauté“ trägt. Die Gegenstände befinden sich im Bureau der Kriminal-Polizei, Schäpfelbuden 16, 1. Et.

pb. Diebstähle. In der Nacht vom 24. bis 25. ds. Mts. sind von einem an der Kaltenstraße belegenen Lagerplatz 10 leere, alte Ölfässer abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Am Sonntag, den 26. ds. Mts. ist in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags aus dem Umkleerraum auf dem Sportplatz des Lübecker Ballspielklubs eine Nickel-Herren-Remonteuruhr abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Uhr trägt die Fabriknummer 5454 und die Marke: „Venus“. An der Uhr bestand sich eine einfache Nickelkette mit Anhängel.

Vortrag von Reinhold Gerling. Am Mittwoch und Donnerstag finden in großer Saale der Zentralhallen, Dankwartstraße, zwei Vorträge von Herrn Reinhold Gerling, Berlin, statt. Der hohe stiltliche Ernst, der die Chevvorträge Gerlings durchweht, wird sicherlich auch hier in Lübeck die Anerkennung finden, die ihm in den beiden letzten Wochen in Hamburg, wo er 6 Vorträge über das gleiche Thema hielt, in großem Maße zuteil wurde. Es ist ratsam, die Karten im Vorverkauf an den Vorverkaufsstellen in der Buchhandlung Wellandt, Königstraße, und in der Zigarrenhandlung von Nagel am Markt zu entnehmen. Beginn der Vorträge abends 8 1/2 Uhr. Bemerk sei noch, daß der erste Vortrag, Mittwoch, den 1. März, nur für Damen ist, der zweite am Donnerstag nur für Herren, in beiden Vorträgen werden die Ausführungen durch Lichtbilder unterstützt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen die reizvolle Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag kommt W. Shakespeares Schauspiel „Ein Wintermärchen“ mit der Musik von Flotow zur Wiederholung. — Sonntag, den 5. März, findet das letzte Gastspiel der Hofopernsängerin Lily Perking als „Mignon“ in der gleichnamigen Oper von Thomas bei gewöhnlichen Opernpreisen statt.

e. Stöckelsdorf. Unfreie Jugend hielt am letzten Sonntag einen Unterhaltungsabend im Gesellschaftshaus F. L. Baetau-Jackenburg ab, der sich äußerst interessant gestaltete. Hübsche Vorträge, Gesang und turnerische Aufführungen hielten die Teilnehmer bis zum Schluß in fröhlicher Stimmung. Der Besuch war ein sehr guter zu nennen, auch war die Lübecker freie Jugend zahlreich erschienen; hoffentlich treten die noch fernstehenden jungen Leute der freien Jugend bei. — Eine Parteeversammlung findet am Dienstagabend bei Baetau statt, wozu sämtliche Genossen und Genossinnen erscheinen müssen.

Hamburg. Ein Vollschiß in der Nordsee gesunken? Im „Fremdenblatt“ lesen wir: Am Sonntagabend meldete ein in Cuxhaven ankommender Dampfer, daß bei Haaks Feuerschiß ein großes Vollschiß gesunken sei. Näheres konnte nicht angegeben werden. Im weiteren Verlauf des Sonnabends lief dann der englische Schlepddampfer „Triton“ ein, der meldete, daß er am Sonntagabend zirka 40 Seemeilen von Texel infolge Bruchs der Schlepptrosse das von ihm nach der Etbe geschleppte italienische Vollschiß „Caterina F.“ verloren und es nicht wieder aufzufinden vermocht habe. Da Zeit und Ort stimmen konnten, brachte man dieses vertriebene italienische Vollschiß mit dem gesunkenen in Verbindung. Der englische Schlepddampfer lief Sonntag früh noch einmal wieder aus und hat das Vollschiß „Caterina F.“ unter vollen Segeln in der Nordsee wieder angetroffen, wohlbehaltend auf der hiesigen Reede eingebracht und die Fahrt nach Hamburg fortgesetzt. Es fehlt also vorläufig noch jeder Anhalt von dem gesunkenen Vollschiß.

Bergedorf. Die Flamme von Neuenhagen wird in den ersten Tagen dieser Woche wieder angezündet werden. Da der Druck des Gases noch immer ganz gewaltig ist, befürchtet man, daß über kurz oder lang der Verschluß der Gasquelle dem Druck des abgepressten Gases weichen könnte. Um durch das Entzünden der Gase den Verschluß auf dem Kirchwärdler Landweg nicht wieder zu hemmen, soll das Gas durch die großen Stahlrohre von der Straße ab westwärts querfeldein geleitet werden. Wie weiter bestimmt verläuft, soll in absehbarer Zeit die große Gasquelle näher gemacht werden. Mit einer Firma sollen schon nähere Unterhandlungen gepflogen sein. Wenn sich nach Entzündung der Gase herausstellt, daß das Gas mit unverminderter Kraft aus der Erde herausströmt, dann dürften die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden.

Cuxhaven. Der Fischdampfer „Senator Straß“ ist bisher von seiner letzten Fischreise nicht zurückgekehrt, so daß man hier ernstlich befürchtet, daß er mit der gesamten Besatzung während der letzten Stürme in der Nordsee untergegangen ist.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:
Von Arbeitern in Oberbiffau 5,80 Mt.
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings, Verleger: E. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Rote
Rabattmarken.

Extra-Angebote

ganz besonders in

Rote
Rabattmarken.

Konfirmanden-Schuhwaren

Damen

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Chromleder mit Lackkappen, Derby, schlank und amerikanische Formen **5⁵⁰**

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Box, Chevreau u. Chromleder, amerikanische u. englische Absätze, Derby und Lackkappen 8⁹⁰ 7⁵⁰ 6⁹⁰ **6⁵⁰**

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Goodyear-Welt mit und ohne Lackkappen, breite Bänder, große Ösen, Derby etc., in verschiedenen Ledern und Formen 18⁰⁰ 16⁵⁰ 14⁷⁵ 12⁷⁵ **10⁷⁵**

Herren

Konfirmanden-Schnürstiefel
Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel, Wachsleder 5⁰⁰ **4⁷⁵**

Konfirmanden-Schnürstiefel
spitze u. breite Formen, verschiedene Leder-sorten, auch Lackkappen 8⁹⁰ 7⁷⁵ 6⁹⁰ **5⁹⁰**

Konfirmanden-Schnürstiefel
mit u. ohne Lackkappen, Derby, verschiedene Leder vom besten bis zum einfachsten 18⁰⁰ 16⁵⁰ 14⁷⁵ 12⁷⁵ 10⁷⁵ **9⁷⁵**

Kinder

Rossleder Schnür- und Knopfstiefel
stark genagelt
22/24 25/26 27/30 31/35
2⁰⁰ 2⁵⁰ 3⁰⁰ 3⁷⁵
Ia. **2.75 3.25 4.00 4.50**

Rindbox-Schnürstiefel
22/24 25/26 27/30 31/35
3⁰⁰ 3²⁵ 4⁴⁰ 4⁹⁰

Boxkalf-Schnürstiefel
22/24 25/26 27/30 31/35
3⁵⁰ 3⁹⁰ 5²⁵ 5⁹⁰
Ia. **4.00 4.50 6.00 6.75**

Damen-Plüsch-Pantoffeln mit Ledersohle **1²⁵ 95⁸**

Damen-Leder-Pantoffeln genähte u. stark genagelt **2⁰⁰ 1⁸⁰**

Arbeitsschuhe zum Schnüren und auch Schnallen 6⁷⁵ 5⁵⁰ **3⁹⁰**

Schaftstiefel 12⁵⁰ 11⁵⁰ 9⁵⁰ 8⁹⁰ **7⁵⁰**

Schwartauer
Allee, Ecke
Geverdesstr.

W. Blumenthal

Kohlmarkt,
Ecke
Sandstrasse.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blatkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Große öffentliche Versammlung für alle Hausangestellten Lübecks

am Donnerstag, 2. März 1911, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
Der Dienstmädchen Freuden u. Leiden.
Referentin: Frau L. Baumann, Altona.
Zahlreichen Besuch erwartet die Einberuferin.

Gesellschaftshaus Lindenhof, Israelsdorf.

Morgen Mittwoch, den 1. März 1911:
Gr. Einweihungs-Ball.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Hierzu ladet freundlichst ein Th. Bordier.
Straßenbahnverbindung bis nach Schluß des Festes.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

Wintervergnügen verbunden mit Kappenfest

am Mittwoch, dem 1. März 1911
im Lokale des Herrn H. Ohde,
Gesellschaftshaus Monopol, 25 Johannisstraße 25.
Anfang 8 Uhr. Herrenkarte 60 Pfg. Gabe morgens.
Das Komitee.
Unsere Mitglieder-Versammlung findet Mittwoch, den 8. März, statt.
Der Vorstand.

Reinh. Gerling.

Lichtbilder-Vortrag

Irrungen und Höhen

im

Liebesleben

Zentral-Hallen

Dankwagsgrube.

Eintrittskarten zu 2 Mk., 1 Mk. und 50 Pfg. im Vorverkauf bei Herren G. Weiland, Königstraße 70/72, und Fr. Nagel, Markt 14, sowie an der Abendkasse.

Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr,
nur für Damen.
Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr,
nur für Herren.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J.H. Stooß, Engelsgrube.

**Geschäftstüchtiger und
Kaufmannsarbeiter!**

**Sektions-Versammlung
heute Dienstag
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“**
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
Jeder Kollege muß erscheinen.
Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 1. März 1911
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
22. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Otto Pannier (Fagott).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Prometheus“
L. van Beethoven.
Siegfrieds Rheinfahrt R. Wagner.
Ouverture zu „Glöckchen des Ere-
miten“ A. Maillart.
Potpourri aus „Die Dollarprinzessin“
L. Fall.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 1. März, abds. 8 Uhr,
Außer Abonnement.

Bei kleinen Preisen! Die Fledermaus.

Operette von Joh. Strauß.
Donnerstag, 2. März, 7 1/2 Uhr.
Ein Wintermärchen

Schauspiel von Shakespeare.
Musik von Friedr. von Flotow.
Vorläufige Anzeige.

Sonntag, 5. März, 7 1/2 Uhr.
Gewöhnliche Opern-Preise!
**Lebtes Gastp. d. Hofopernsängerin
Lily Herking**

vom Herzogl. Hoftheater in Dessau.
Mignon.
Oper von A. Thomas.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 27. Februar 1911.

136. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitzung: von Heeringen.

Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von

Silbermünzgliedern im Kaiserlichen Patentamt

bis zum 31. März 1914 wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Kirsch (Z.) in dritter Beratung angenommen.

Dann wird die

zweite Lesung des Militäretats

beim Titel „Gehalt des Kriegsministers 50 000 Mk.“ fortgesetzt.

Gröber (Z.): Die Sozialdemokraten machen den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten die Löhnung der Soldaten nicht erhöht; dabei lehnen die Sozialdemokraten alle Steuern ab. (Sehr wahr! Z.) Auch wird den Soldaten jetzt das Buzzeug von der Verwaltung geliefert, was auch eine Ausgabe von 5 Millionen Mark ausmacht und für den einzelnen Mann mehr wert ist als ein paar Pfennige Silberhöhung. — Der Redner verbreitet sich dann mit leiser, auf der Tribüne nicht verständlicher Stimme über das ehrengerichtliche Verfahren, das im Grunde nichts als ein in unsere Zeit hineinreichendes Stück Kabinettsjustiz sei; es ist in Wirklichkeit gar kein gerichtliches Verfahren, es entbehrt aller Kennzeichen und Garantien eines solchen. — Die Rede des Abg. Raab am Sonnabend mit ihren guten und schlechten Wigen war in keiner Weise geeignet, die ernste Frage zu klären, die in der fortschrittlichen Resolution angeschnitten ist. Auf Bismarck können sich die Antisemiten nicht berufen, denn Bismarck hat das Bartratsgesetz von 1859 veranlaßt. In der Österreichisch-ungarischen Armee sind die Juden längst zu Offiziersstellen zugelassen, ebenso in Frankreich, Italien, England. Wie kann man angeht die Tatsache, daß in den Freiheitskriegen 373 jüdische Soldaten das eiserne Kreuz erhalten haben, behaupten wollen, daß den Juden die militärische Tüchtigkeit fehle? (Lebh. Zust. links.) Es ist natürlich nicht im einzelnen nachzuprüfen, aus welchen Ursachen die Zurückweisung jüdischer Aspiranten erfolgt; aber die Tatsache, daß seit Jahrzehnten ungetaufte Juden nicht als Offiziere zugelassen werden, ist bezeichnend genug. (Zust. links.) Wir Katholiken haben allen Grund, gegen die Zurückweisung eines Teils der Nation aufzutreten. Was heute den Juden passiert, kann morgen uns geschehen. (Zust. i. Zentr. und links.)

Osann (NatL.): Auch wir protestieren aufs schärfste gegen die verlegende Rede des Abg. Raab. Gleich dem Vorredner treten auch wir unbedingt für die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein und mißbilligen jede Zurücksetzung aus Gründen der Religion oder der Abstammung. Hoffentlich aber wird einer der Herren von der Rechten sagen, wie eigentlich die konservative Partei zum Antisemitismus steht. (Sehr gut! links.) Freilich müssen sich die Juden durch feste Staatsgesinnung der Zulassung zu allen militärischen und zivilen Ämtern würdig zeigen. — Der Redner polemisiert darauf gegen die Sozialdemokratie, der er die Negation vormirft. — Das Heer ist das Rückgrat der deutschen Nation; durch diese Schule des Pflichtgefühls sollte möglichst jeder hindurchgehen. (Bravo! b. NatL.)

Schöpflin (SD.): Die eben gehörte Rede sollte wohl beweisen, daß die Nationalliberalen der Regierung alle Militärforderungen bewilligen. In der Budgetkommission wollten sie zwei Militärinspektoren streichen; aber es kostete den Kriegsminister ein Wort — und

die Nationalliberalen klappten um wie ein Taschmesser und lagen alle auf dem Bauch. (Gr. Htt.) Dr. Osann wirft uns vor, uns sei die Kritik Selbstzweck. Wie kommt er da?

zu? Wir wollen unser ganzes, ungeheures Agitationsmaterial preisgeben, wenn er die von uns gestifteten Mißstände abstellt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Ich wende mich nun zur

Judenfrage.

Ich habe weder Neigung noch Auftrag, für den jüdischen Teil der Bourgeoisie zu reden, der auch von der Epidemie befallen ist, seine Söhne gern als Reservoffiziere zu sehen, aber wir wenden uns gegen die

Gefehesverletzung.

die gegenüber den jüdischen Aspiranten geübt wird. (Zust. links.) Der Kriegsminister sagt, die Verwaltung kann nichts machen, wenn die Regimenter nicht wollen. Das glaubt niemand, die Verwaltung will eben nicht. Man sagt, die Juden sind nicht kriegerisch, — als ob noch nie ein Abelsprohling ein Rebekchen nach Hause führte, (gr. Heiterkeit), um sein verrostetes Wappenschild zu vergolden. Abriegen könnte es dem preußischen Abel und seiner geistigen Befähigung nur von Nutzen sein, wenn jüdisches Blut in ihn hineinkäme. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß Herr Raab am Sonnabend den Reichstag mit einer

antisemitischen Kneipe

verwechelte, ist nur bezeichnend für ihn. (Htt.) Die Antisemiten wollen den Juden Geschäftssinn vorwerfen, sie, die alle drei Jahre

ihre politische Firma wechseln

wie der schlimmste Kamschbazar, weil die alte Firma bankrott gemacht hat. (Htt.) Damit lasse ich Herrn Raab schwimmen. — Das Badische Flugblatt hält auch der Kriegsminister für das Produkt eines Wahnwigens. — Aber er hat uns eine merkwürdige Geschichte von einem Manne erzählt, der in einen dunklen Wald gestochen ist, und dem man die Flugblätter geben wollte. Warum nennt man den Mann nicht? (Zuruf b. d. Soz.: Wahrscheinlich ist es ein Spiegel!) In welchem Wald ist denn die beinahe geschehene

große Moritat

passiert. (Htt.) Die Geheimnisträumer verläßt den Verdacht, daß es sich um Volkswirtschaft handelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber der Sozialdemokratie schaden sie damit nicht, die Niedergewitterten von 1907 reiten. — Zum Fall Wiffing sagte der Kriegsminister, der Erlaß richte sich nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen jeden Ruhestörer. Es ist also eine Mobilmachung gegen „Unbekannt“. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Die Verhärterung von Abgeordneten, ohne Rücksicht auf ihre Immunität, hat er preisgegeben und er sagt, der Ablass ist gestrichen. Der springende Punkt ist aber, daß ein preussischer General derartiges niederschreiben kann daß er offen sagt, er würde auf Recht und die Verfassung nicht achten. (Zuruf b. d. Soz.: Was ist ihm geschehen?) Ah, ein General, der solchen Erlaß herausgibt, wird vielleicht noch befördert. Aber die proletarische Bewegung können Sie auf solche Weise nicht hindern; eine Armee kommt vielleicht in Verlegenheit, wenn man ihr die Führer nimmt, nicht aber die proletarische Bewegung. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Ich wende mich nun zu den

Soldatenmißhandlungen.

Der Minister sagt, wir sollen nicht verallgemeinern. Er selbst aber behauptet, jeder Offizier verurteilt die Soldatenmißhandlungen. Wenn das wahr wäre, wären sie längst beseitigt. — Ein Unteroffizier Reiter von der 6. Kompanie des Garde-Fußartillerie-Regiments ließ die Leute in aller Frühe bei der größten Kälte aufstehen und maltratierte sie in der gemeinsten Weise; einen Mann ließ er mit dem Kopf nach unten an einem Gerüst aufhängen bis der Mann erschöpft herunterfiel. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Gefängnis, das Gericht aber meinte, Rekruten sind keine jungen Mädchen, Kanoniere könne man etwas berber anfasten, und erkannte auf zwei Wochen Mittelarrest. Wenn ein Bericht sich derartig ausdrückt, so muß das

geradezu wie eine Anreizung zu den Soldatenmißhandlungen wirken. (Zustimmung bei den Soz.) Ein anderer Unteroffizier befahl einem Mann, der den Namen des kommandierenden Generals nicht wußte, unter das Bett zu kriechen und von dort zu singen: „Aus tiefster Not schrei ich zu Dir“. Nachher mußte er auf das Spind klettern und singen: „Dem Himmel hoch da komm ich her“. Dieser Soldatenkiller erhielt 3 Jahre Gefängnis. Bei einem Leutnant, der mit Säbelhieben und Ohrfeigen fast alle seine Leute traktiert hatte, griff das Gericht einmal etwas schärfer zu. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. (Hört, hört! rechts.) Ja, wenn einmal ordentlich bestraft wird, muß es auch erwägt werden; selten genug ist es. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Soldat wurde wegen Mißhandlung fahnenflüchtig. Er kam dann wieder zurück und gab an, daß er wegen der Mißhandlungen desertiert sei. Der mißhandelnde Unteroffizier erhielt 10 Tage Mittelarrest, aber der Soldat sieben Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Unteroffizier, der Unterschlagungen und Erpressungen nachgewiesen waren, wurde allerdings stark bestraft, mit drei Jahren Gefängnis, aber ein Sergeant, der sich in 292 Fällen Mißhandlungen von Soldaten hatte zuschulden kommen lassen, wurde nur, weil das Kriegsgesetz milder schwere Fälle annahm, zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. In Sachen war nach dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg, des späteren Königs, eine zeitlang Ruhe mit den Soldatenmißhandlungen. Neuerdings aber sind wieder sehr arge Fälle vorgekommen, und geradezu

schauerliche Einzelheiten

enthüllt worden. Ein Sergeant eines Manenregiments schlug die Soldaten gewohnheitsmäßig mit der Lanze. (Hört, hört!) Die Urteile fielen wieder sehr milde aus. Gegen Unteroffiziere gab es allenfalls noch Gefängnisstrafen, aber die Offiziere gingen so gut wie straffrei aus. Mit allem Nachdruck müssen wir erklären: in solchen Fällen trifft im allgemeinen den Regimentskommandeur die Schuld. (Zustimmung bei den Soz.) Die Manen- und Husarenuniformen sehen ja recht hübsch aus, und der Kriegsminister erzählte uns neuerlich von der Freude an der schönen Uniform. Die Freude wird stark herabgedrückt, wenn der schwarze, bunte Kord grüne oder blaue Flecke deckt, die von Mißhandlungen herühren, welche die Soldaten widerstandslos zu erdulden haben, ja wohl, widerstandslos. Denn in demselben Oschager Manenregiment, in welchem die ärgsten Mißhandlungen vorgekommen sind, wurde ein Soldat schwer bestraft, weil er bei einem Befehl eines Unteroffiziers etwas vor sich hingemurmelt haben sollte. (Hört, hört!) Daß der Kriegsminister die Soldatenmißhandlungen mißbilligt, bezweifeln wir nicht, aber im Lande und in den Kasernen — auch dorthin dringen ja Zeitungen, wenn auch keine sozialdemokratischen (Heiterkeit) — wird man seine Ausführungen so verstehen, daß er die Soldatenmißhandlungen

nicht so scharf mißbilligt

wie sein Vorgänger. Im Interesse des deutschen Heeres, dessen Ansehen im Ausland durch die Soldatenmißhandlungen beeinträchtigt wird, sollte der Kriegsminister darauf bedacht sein, das Heer von Leuten zu befreien, die so

bestialische Untaten

begehen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Kopsch (Wpt.): Herr Raab's vorgestrigte Rede hat den Antisemitismus in Reinkultur gezeigt, aber man tut Herrn Raab zuviel Ehre an, wenn man ihm mit Gründen antwortet. (Lebh. Zust. links.) Von ihm gilt daselbe, was Eugen Richter von Liebermann von Sonnenberg sagte: er belustigt die Rechte mit Wigen, die die Herren selbst zu machen zu vornehm sind. (Sehr gut! links.) Herr Raab sagte, wir wollen unsere Söhne nicht in Gefahr bringen, sich jüdischen Vorgesetzten gegenüber strafbar zu machen.“ Hätte ein

Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(5. Fortsetzung.)

3. Die Flucht.

Der Mexikaner Felipe Corona, wie er mit Namen hieß, verließ indessen mit bitteren Nachgedanken das Haus des Deutschen. Aber während er die Straße hinab schritt, war er sich doch auch bewußt, auf wie unsicherer Basis die Klage ruhte, die er hier, selber ein Fremder, gegen einen in Lima ansässigen Mann vorbringen wollte. Und sollte er ihn deshalb in Besitz aller der Schätze lassen, die, wie er fest behauptete, ihm — allein nur ihm gehörten? Nein! Bei dem Blute des Gekrenzten, nein. Wahrlich nicht, so lange seine Faust noch ein Messer führen konnte, und wenn ihm die Verurteilung sein Recht nicht verschafften — er biß die Zähne fest zusammen und schritt, finster vor sich hinbrütend, die Straße hinab, wo er das Haus eines Advokaten mußte. Der sollte ihm helfen — oder doch wenigstens einen Rat geben, wie er sich zu verhalten habe, welche Schritte er hier in dem fremden Lande tun müsse, um den Schuldigen zu überführen und zu strafen.

Er fand den Herrn auch zu Hause, und zwar ziemlich behaglich in einer Hängematte liegend und eine Zigarre rauchend; was sollte er sich bei der Hitze anstrengen, wo er es so bequem haben konnte? Die Geschäfte mochten eben warten, bis die Abendstunde eintrat — oder vielleicht auch bis morgen früh. Die Gerechtigkeit ist blind und kann sich deshalb nicht Hals über Kopf in einen Strudel von Arbeiten stürzen; sie muß eben langsam und vorsichtig zu Werke gehen.

Nach dem eintretenden Mexikaner drehte er auch kaum den Kopf, als dieser das kühle, luftige Gemach betrat. Der Mann trug einen Poncho, war also jedenfalls ein Peon oder Diener, denn ein Caballero ging nicht mehr mit diesem eigentlich alt-peruanischen Kleidungsstück über die Straße; es war völlig aus der Mode gekommen. Er brachte ihm wahrscheinlich eine Botschaft, und die konnte er ebenso gut liegend anhören — ja eigentlich noch viel besser.

„Und was wollt Ihr, amingo?“
„Gute Hilfe oder Gutes Rat, Senor, gegen einen Schurken“, sagte der Mexikaner ruhig.
„So? Im — und wie heißt der Schurke?“

„Er ist ein Fremder, Don Gaspar, der aus Kalifornien mit vielem Geld hierher gekommen.“
„So? Der Deutsche? Und was habt Ihr gegen ihn?“

„Das Gold, das er mitgebracht, ist mein“, sagte der Mexikaner ruhig, „ich hielt ein Spielzelt am Richtigich in Kalifornien und verkaufte zugleich Waren. Ich verdiente viel Gold. Da aber die Amerikaner dort kein Spiel mehr haben wollten, trieben sie uns fort, und ich lud mein Gold und meine Waren auf Maultiere und zog nach dem Macalome hinüber, wo ich noch einen Bruder hatte. Mit diesem wollte ich nach Mexiko zurückkehren — ich gebrachte nicht mehr. Unterwegs traf ich den Aleman. Es sind sonst gute, rechtliche Leute, und wir Mexikaner verkehrten dort nur mit ihnen und den Franzosen. Ich freute mich, daß ich Begleitung bekam; denn ich hielt mich mit meinen schwer beladenen Tieren nicht für ganz sicher im Walde. Manchen von uns hatten die Amerikaner gemordet und uns selber wurde es dann zur Last gelegt. Ich hatte mir aber den schlimmsten Feind zu meiner Begleitung ausgesucht. Als wir, kaum noch eine halbe Legua vom Macalome entfernt, eine kurze Zeit im Walde rasteten, nahm er die Gelegenheit wahr und schlug mich mit seinem schweren Messer über den Kopf — hier an der Seite, Senor, seht Ihr noch die kaum verhaschte Narbe. Ich brach besinnungslos zusammen, und er hielt mich jedenfalls für tot; ich war es auch fast. Landsleute fanden mich später und trugen mich in die Minerstadt, und als ich nach Wochen wieder zu mir kam und meinen Bruder an meinem Bett sitzend fand, war meine erste Frage nach meinen Tieren, meinen Schätzen — umsonst — man hatte nichts bei mir gefunden — gar nichts — der Räuber mußte alles mit fortgenommen haben, Waren und Gold, und ich war wieder arm wie ein Bettler.“

„Im — eine verhängnisvolle Situation“, brummte der Advokat, sich eine neue Zigarette anzündend, „und Ihr wißt gewiß, daß dieser Don Gaspar derselbe ist, der Euch damals begleitete?“

„Hört nur weiter“, fuhr der Mexikaner fort. „Vierzehn Tage brauchte ich wohl noch, bis ich mich vollständig erholt hatte und meine Wunde veruarbt war — dann folgte ich seinen Spuren. Mein Bruder hatte mir einige Unzen Gold geborgt, damit wanderte ich aus, und es dauerte nicht lange, so war ich auf der Fährte des Mörders. In Stockton hatte er meine Maultiere und Waren verkauft und war zu Schiff nach San Francisco gefahren, und bald erfuhr ich, daß er nach Panama gegangen. Ich nahm Zwischendeckspassage und folgte ihm. In Panama ließ ich

mir die Passagierlisten geben und sah seinen Namen nach Peru eingeschrieben. — Ich mußte mein Geld sparen und bekam freie Passage als Kaffenaufwarter hierher. — Ich brauchte in Lima nicht lange nach ihm zu suchen. Das Gerücht, daß er so viel Gold in den kalifornischen Minen gefunden, hatte ihn rasch bekannt gemacht. Ich habe ihn heute gesehen.“

„In der Tat?“ rief der Advokat, der sich doch jetzt für die Sache zu interessieren anfang, indem er sich in seiner Hängematte halb emporrichtete, „und was sagte er?“

„Er leugnet alles.“
„Nun natürlich, versteht sich von selbst — aber wo haben Sie Ihre Zeugen?“

„Zeugen habe ich gar nicht — wir waren allein.“
„Den Teufel auch! Gar keine Zeugen? Aber es hat Sie doch dort jemand zusammen wegretten sehen, oder Sie sind anderen begegnet?“

„Allerdings — Menschen genug; aber wer das war und wo die jetzt sind, wer könnte es sagen?“

„Bitte, lieber Freund“, sagte der Advokat, sich jetzt in seiner Hängematte auflegend, „wollen Sie mir vielleicht vorher erklären, ob Sie über bedeutende Mittel verfügen, um einen längeren Prozeß durchzuführen? Hundert Dollars müssen vor allen Dingen einmal bei mir deponiert werden, um mir die ersten Ausgaben zu decken.“

„Ich besitze nicht einmal mehr hundert Dollars in meinem ganzen Vermögen“, sagte der Mexikaner finster, „jener Schuft hat mir ja alles geraubt; aber wenn mir mein Recht zugesprochen wird —“

„Entschuldigen Sie einen Augenblick, daß ich Sie unterbreche. Habe ich den Fall folgender Art klar verstanden, daß Sie von Kalifornien, ohne Geld in der Tasche, hierher gekommen sind, um einen hier ansässigen Fremden anzuklagen, daß er an Ihnen in den kalifornischen Wäldern einen Raubmord verübt und Ihnen alles abgenommen hat, ohne dafür weitere Zeugen und Beweise beibringen zu können, als Ihr Wort?“

„Das ist genau so der Fall“, sagte der Mexikaner; der Advokat fiel aber in seine Hängematte zurück, als ob er geschossen wäre, piff nur leise vor sich hin und sah nach der Decke hinauf.

„Und wollen Sie mir dazu verhelfen?“ fragte der Mexikaner.
„Mein sehr verehrter Herr“, sagte der Rechtsanwalt, ohne aber seine Stellung im mindesten zu verändern, „vorher erlauben Sie mir denn wohl die Frage an Sie zu richten: Halten Sie mich für verrückt?“

(Fortsetzung folgt.)

sozialistischer Redner dasselbe gesagt, aber „adlige Offiziere“ nicht „jüdische“ nennt, so würde diese Ausweisung zur Behauptung einer Einigkeit im ganzen Hause hervorgerufen haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Redner tritt dann für größtmögliche Sparsamkeit ein und verlangt Streichung der Gouvernementskosten der fürstlichen Adjutanten und des Feldjägerkorps und beklagt sich über die Schwierigkeiten, die man in manchen Gegenden den Volksschulgelehrten bei der militärischen Beförderung mache. Die Soldatenmishandlungen mißbilligt der Kriegsminister, aber damit allein ist es nicht getan, sie müssen aus der Armee verdrängt werden. (Zustimmung links.) Es ist bedauerlich, daß die Rechte bei Erwähnung von Mishandlungsfällen nie sachlich in Sachen ausbricht. (Hörsiches Lachen rechts.) Für die Leute, deren Söhne als einfache Soldaten zu dienen haben, ist die Sache nicht lächerlich. (Sehr gut! links.) Wir wollen ein wirkliche Volksherrschaft haben, und in einem solchen Fall es keine Mishandlungen geben. (Lebh. Beifall links.)

Freuß. Kriegsminister von Goeringer polemisiert zunächst gegen den Abg. Kopsch. Die Militärverwaltung ist nach Kräften befreit, Sparsamkeit wakt zu lassen. Der Etat beweist das. Redner verteidigt sodann den Ministeriale-erlass, der den Offizieren verbietet, sich mit Parlamentarier in Verbindung zu setzen. Wir wollen doch keine parteipolitische Offiziere in der Armee haben. (Abg. Ledebour ruft: die gibt es doch in schwerer Menge.) In Süddeutschland hat man in früheren Jahrzehnten schlechte Erfahrungen mit der Hineinziehung der Armee ins Parteigetriebe gemacht. Abseits vom Parteigetriebe soll die Armee sich auf ihre eigene Pflicht der Vaterlandsverteidigung vorbereiten. (Lebh. Beifall rechts.) Ich habe doch auf das allernachdrücklichste erklärt, daß ich völlig auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung stehe. Ich habe ebenfalls erklärt und wiederhole es, daß ich es auf das entschiedenste mißbillige, wenn die Zurückweisung jüdischer Aspiranten aus bewußtem oder unbewußtem Antisemitismus erfolgt. Ich leugne auch nicht, daß ein bewußter oder unbewußter Antisemitismus im Heere vorhanden ist. (Hört, hört! links.) Ich behauere das, aber ich kann doch nichts dafür. Es ist klar, daß die Lehren, die im Volke vorhanden sind, auch auf die Armee abfärben müssen. (Sehr richtig! bei den Soz. — Weiterkeit.) In der Freiheit des Offizierkorps, sich selbst zu ergänzen, darf nicht gerüttelt werden im Interesse der Homogenität der Offizierkorps. Wenn die Grundzüge der Gleichberechtigung greifbar verlegt werden, wird Remedur geschaffen. — Die Äußerung des Abg. Schöpslin über die Mobilmachung gegen „Unbekannt“ beweist nur, daß er von diesen Dingen nichts versteht. (Unruhe bei den Soz.) Es ist einfach unsere Pflicht, uns gegen Aufruhr vorzubereiten. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Stelle mit der Immunität der Abgeordneten in dem Erlass des Generals von Bissing stand, bedauere ich, aber beachten muß man doch auch, daß unter den Juniten Zweifel darüber bestehen, ob der § 31 der Verfassung von der Straffhaft oder von der Präventivhaft spricht. (Hört, hört! links.) — Den Namen des Mannes, dem die Flugblätter übergeben werden sollten, will ich dem Abg. Schöpslin gern nennen, es ist der Erbarbeiter Ludwig Preis aus Weitzers. — Die Mishandlungen in der Armee sind ja eine

unangenehme Sache.

und jeder Offizier ist befreit, sie einzuschränken; der Herr Abgeordnete brauchte mich an diese verdamnte Pflicht und Schuldigkeit nicht zu erinnern. (Bravo! rechts.) Tatsächlich sind auch die Mishandlungen ganz erheblich zurückgegangen. — Für die Vorbereitung der jungen Leute durch die Sozialdemokraten zum Militärdienst danken wir, sie begleiten die jungen Leute verheißend bis an die Kaserne und empfangen sie mit derselben Agitation. Zwei bis drei Jahre

staatlich sanktionierte Freizeitschulung

wird im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ vom 8. Januar 1910 die Dienstzeit genannt. (Hört, hört! rechts.) Der Landtagsabgeordnete Lieberich hat ja auch offen auf einem Parteitag zugegeben: „Wir wollen dem Proletariat den Kasernenalltag vereinfachen.“ Kritik haben wir gern, denn sie fördert uns (Lachen d. d. Soz.), aber sie darf nicht verheißend sein und das Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften untergraben. Nach der sozialdemokratischen Kritik muß das Ausland unsere Armee ja für eine verlotterte Bande halten, und das kann ihren Respekt vor uns nicht stärken und trägt nicht zur Wahrung des Friedens bei.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Freiber von Salza und Lichterow: Bei den Mishandlungen im 17. Manenregiment ist eingeschritten worden; der König selbst hat sich Bericht erstatten lassen. Mit den Unteroffizieren, die sich Mishandlungen hatten zuschulden kommen lassen, ist die Kapitulation nicht erneuert worden. (Bravo! rechts.) Das ist wohl die härteste Strafe, die sie treffen konnte.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Generalleutnant von Gelska etc.: Der Abg. Schöpslin sprach von einem geistlichen Vorbereitungsdienst für Soldaten in einem bayrischen Regiment. Es handelte sich um Vorträge für junge noch nicht militärischpflichtige Leute, und zwar durch Geistliche; es es Feinden waren, weiß ich nicht, doch möchte ich es bezweifeln. Soviel ich weiß, sind im Deutschen Reich solche nur ganz vereinzelt vorkommend. (Gr. St.) Die Militärverwaltung hat mit der ganzen Sache weiter nichts zu tun, als daß sie für die Teilnehmer Strohsäcke und wollene Decken hergegeben hat. (Stärm. St.)

von Dergen (Kpt.): Wir haben bei der Erzählung von Soldatenmishandlungen durchaus nicht gelacht: keine Partei verurteilt sie mehr als wir. — Antisemit bin ich nicht, ein antijüdischer Jude ist mir ebenso lieb wie ein antijüdischer Christ. Aber ein Offizier muß gute Erziehung und Takt haben, und daran fehlt es bei den Juden oft. Das erklärt sich aus ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung und wird mit der Zeit besser werden. Sozialdemokraten dürfen auf keinen Fall Offiziere werden, und deshalb muß die Resolution der Volkspartei, die eine Zurückziehung aus politischen Gründen nicht will, abgelehnt werden. (Zust. rechts.)

Kriegsminister v. Goeringer bittet ebenfalls um Ablehnung der Resolution.

K a a b (Abg.) warnt vor der Vermischung von Agrariern mit Juden, denn schließlich kommen da immer nur junge Juden heraus. Selbst wenn mein Ton am Sonnabend der des Bismarckes gewesen wäre, wäre er noch immer viel vornehmer als der des Magdeburger Parteitags. (Sehr gut! rechts.) Herr Schöpslin warf mir Geschäftsman vor, ich lebe noch heute von meiner Arbeit, aber wie viele der Herren von der bayerischen Linken wissen nicht an der Parteitage. (Sehr gut! rechts.) Wenn es ihr gerade einmal paßt, dann macht auch die Sozialdemokratie in Antisemitismus. (Stärm. Beifall d. d. Antis.)

Ein Schwärmer wird an genannt. Der antisemitische Zusatzantrag zu der sozialistischen Resolution wird gegen die Antisemiten, die Resolution selbst gegen Sozialdemokraten und Nationalliberale abgelehnt. Das Gehalt des Kriegsministers wird bestimmt und die weitere Beratung des Militäretats auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Prozess. Wegen einer Notiz „Ein Bildchen aus dem Rechtsstaat“, in der das Vorgehen der Elberfelder Polizeiverwaltung in einem Prozeßverfahren wegen Mishandlungen besprochen worden war, wurde Genosse E. Müller, Verantwortlicher der „Düsseldorfer Volkszeitung“, zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der frühere Bürgermeister von Elberfeld, Pfeiffer, und eine Anzahl Polizisten hatten sich beleidigt gefühlt. Die Behauptung der Anklage, den Polizisten sei Meineid vorgeworfen worden, wurde vom Gericht verneint.

Die Kranzschleife als Verkehrshindernis. In Hettstedt im Mansfelderlande trugen zwei Genossen bei der Verurteilung eines Parteigenossen Kranz mit roten Schleifen. Ein Polizeikommissar forderte sie auf, die staatsgefährlichen Schleifen zu entfernen. Sie weigerten sich, widerlegten sich aber nicht der Beschlagnahme der Kranze. Trotzdem kam es wegen Abtreibung einer Kreispolizeiverordnung, die sich mit — der Sicherheit des Verkehrs beschäftigt, zu einer Anklage. In der Verhandlung erklärte der Anwalt, die Beschlagnahme der Kranze hätte „aus verkehrspolizeilichen Gründen“ erfolgen müssen, weil es früher einmal beim Vergräbnis eines Sozialdemokraten zu einer Schlägerei gekommen sei; sogenannte Reichstreue hatten die Leidtragenden belästigt und angegriffen! — Das Schöffengericht sprach beide Angeklagte frei.

Aus der Jugendbewegung.

Die Jugend als Zureiber für die christliche Jugendorganisation. In Bielefeld sorgt der Jugendobermeister durch Versendung von Schreiben nachfolgender Art, daß die Lehrlinge in den evangelischen Junglingsvereinen hineingetrieben werden:

„Es haben sich zu melden in die Jugendabteilung des Evangelischen Männer- und Junglingsvereins die Lehrlinge (folgen fünf Namen von Stellmacher- und Lehrlingen) in Lehre bei (folgen die Namen der Lehrmeister).“
Der Obermeister.“

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung im Oberlausitzer Braunkohlerevier. Die Bergarbeiter genannten Braunkohlereviers befinden sich in einer Lohnbewegung für den Abschluß von Lohnverträgen. Es arbeiten auf den 14 Werken des Bezirks etwa 700 Arbeiter, die zum größten Teil organisiert sind; die Christlichen haben nur geringen Anhang unter den Bergleuten. Am 18. Februar haben die Bergarbeiter durch den alten Bergarbeiterverband ihre Tarifvor schläge an sämtliche Werke eingereicht. Sie verlangen als Schichtzeit unter Tage acht Stunden, über Tage 10 1/2 Stunden inkl. Rausen. Der Schichtlohn, der zugleich als Mindestlohn für Gedingearbeit zu gelten hat, soll betragen: auf den Reichenauer Schächten für Feuer und Förderleute 3,70 Mk., in Giesmannsdorf, Hartau und Obersdorf bis zu 4,20 Mk. Ferner soll bei Gedingearbeit das Verbaue, Zimmern und Schienenlegen extra bezahlt werden, was bisher meist nicht der Fall war. Bei niedrigen Gedingelöhnen unterblieb dann diese so notwendige Arbeit um Schutze der eigenen Sicherheit der Arbeiter oder sie wurde nur mangelhaft ausgeführt. Die Folge waren häufige Unfälle. Die Werksbesitzer werden sich der Bemüßung dieser beschiedenen Forderungen nicht entziehen können, andernfalls müßten die Bergarbeiter ihre gerechten Forderungen mit Nachdruck vertreten, was ihnen angesichts der guten Organisationsverhältnisse nicht schwer fallen dürfte.

Von den Gelben. In Magdeburg, das die Gelben mit Vorliebe als eine ihrer Hochburgen bezeichnen, geht es mit dieser auf den Verrat der Arbeiterinteressen abzielenden „Bewegung“ merklich bergab. So ist z. B. der für die Arbeiter des metallindustriellen Betriebes von Otto Brunson u. Co. gegründete Werkverein wieder eingegangen. In den anderen Werken Magdeburgs, für die solche Vereine existieren, macht man die größten Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Massenflucht nicht gar zu groß wird. So schenkt z. B. das Krupp-Grusonwerk den Lehrlingen ein halbes Jahr der Lehrzeit, wenn sie sich bereit erklären, dem gelben Werkverein als Mitglied beizutreten. Abrechnung wird von den gelben Vereinen öffentlich überhaupt nicht mehr verlangt. In der letzten Zeit ist die Direktion der Magdeburger Straßenbahngesellschaft den Gelben zu Hilfe gekommen, indem sie ihre Angestellten als geeignetes Organisationsobjekt empfohlen hat. Die Straßenbahndirektion ist noch verknüpft über den nennenswerten Erfolg, den ihre Angestellten bei ihrer kürzlich beendeten Lohnbewegung mit Hilfe des Transport- und Metallarbeiterverbandes hatten. Die Treue der Angestellten zu diesen Organisationen ist der Direktion sehr unangenehm. Ihre Anordnung, daß die Straßenbahner „keiner sozialdemokratischen Organisation“ angehören dürfen, ist so ganz und gar nicht beachtet worden, so daß sie jetzt eine gelbe Organisation für ihre Angestellten einzuführen sucht, um auf diese Weise die unangenehmen Maßnahmen los zu werden. Die Vorgesetzten sammeln Unterschriften für die Gründung eines gelben Vereins und bemerken fleißig, im Namen der Direktion. Wer nicht unterschreibe, brauche auf feste Anstellung nicht zu rechnen oder: wer seine Grenzen sichern wolle, müsse unterschreiben. Das „Liebeswerben“ hat aber so gut wie gar keinen Erfolg. Die gelben Macher fühlen sich aber trotz der wenig ermutigenden Situation, in der sie sich befinden, als ob sie wer weiß was ausrichten könnten. So hat kürzlich der „Ausschuß nicht parteipolitischer Arbeitervereine Magdeburgs“ zu den kommenden Reichstagswahlen Stellung genommen und die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens sämtlicher bürgerlichen Wähler gegen die Sozialdemokratie betont. Ob die Obergelben bei den Reichstagswahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien die Rolle werden spielen können, die sie erwarten, ist recht zweifelhaft. Denn es ist auch anderen nicht unbekannt geblieben, daß es mit der gelben Bewegung ist, wie das Sprichwort sagt: Viel Geschrei und wenig Wolle!

Christlicher Arbeiterverrat. In dem Orte Jachenhausen in Schwaben haben die dort zahlreich beschäftigten Schneidergehilfen — fast durchweg Heimarbeiter — einen Lohnvertrag eingereicht, der neben anderem auch eine Lohnhöhung von 15 Proz. vorsieht. Die dort beschäftigten Arbeiter sind bis auf wenige im Verband der Schneider organisiert, nur vier sind Mitglieder des christlichen Schneiderverbandes, die sich aber mit den Forderungen einverstanden erklärt hatten. Um eine friedliche Einigung herbeizuführen, fanden denn auch zwischen der Lohnkommission der Gehilfen und den Unternehmern Verhandlungen statt. Die Unternehmer hatten sich schon bereit erklärt, eine zwölfprozentige Lohnhöhung zu gewähren und eine friedliche Regelung stand außer Frage. Da erschien plötzlich der christliche Gewerkschaftsführer Becker aus Jachenhausen auf dem Plan und hinter dem Rücken der freiorganisierten Arbeiter schloß die Christen einen vor der fankelnagelneuen Zahlstelle christlicher Schneider und Schneiderinnen eingereichten Tarif ab. Die Arbeiter erfuhren diese Leistung der Christlichen erst durch folgenden Artikel der Lokalpresse Jachenhausen:

„Nachdem der bestehende Tarif von seiten des freien Verbandes zum 1. März d. J. gekündigt wurde und sich in der Zwischenzeit eine Zahlstelle des christlichen Schneiderverbandes gegründet hat, lehnte dieselbe, nachdem der freie Verband ein gemeinsames Vorgehen ablehnte, selbständig einen Tarif ein. Die ersten Unterhandlungen, die am letzten Montag und Dienstag mit den Arbeitgebern, dem christlichen und freien Verbands stattfanden, verliefen resultatlos. Die gestrigen Unterhandlungen, die zwischen den Arbeitgebern und dem christlichen Verbands allein stattfanden, endigten zur Zufriedenheit der Arbeiter. Es wurde dabei eine Lohnhöhung von 7 bis 10 Proz. auf 3 Jahre erzielt. Da der freie Verband wiederholt erklärte, daß die christliche Organisation nicht in Frage komme, so können wir mit Stolz auf dieses Resultat zurückblicken. Wir dürfen wohl annehmen, daß die ruhige denkende Arbeiterklasse sich mit diesem auf friedlichem Wege erzielten Erfolge einverstanden erklärt.“

Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, Zahlstelle Jachenhausen.

Wie aus diesem „Bericht“ selbst hervorgeht, ist die Behauptung von der versuchten Ausschaltung der Christlichen purer Schwindel, man hatte den Christlichen im Gegenseitigen ein Sitz in der Lohnkommission im Aussicht gestellt. Bezeichnend für die Taktik der Christlichen ist es aber, daß sie von den Unternehmern die Zulage verlangten, daß, wenn die Freiorganisierten höhere Lohnsätze erkämpften, diese dann auch den christlichen Schneidern bezahlt werden müssen!

Bergarbeiterstreik und arbeitswillige Revolverhelden.

Auf dem „Frankfurt-Finkenheerde Braunkohlewerk“ zu Finkenheerde brach im Januar plötzlich ein milder Streik aus. Die Arbeiter hatten über allerhand Mißstände, geringen Verdienst und häufige Strafen zu klagen. Auf Eingreifen der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes fuhren die Streikenden jedoch nach zwei Tagen wieder an. Die Werksleitung nahm Rache und entließ den Vertrauensmann des Verbandes, kündigte einer Anzahl anderer Arbeiter und machte durch Aushang eine Herabsetzung des Gedingelohnes bekannt. Darauf legten erneut ca. 100 Grubenarbeiter die Arbeit nieder, während etwa 20 Mann weiter arbeiteten. In Anbetracht der gräßlichen Provokation der Arbeiter durch das Werk nahm sich der Bergarbeiterverband nun der Streikenden an und übermittelte deren Forderungen der Werksleitung. Sie lauteten: Zurücknahme der Entlassungen und Kündigungen, Zurücknahme der Lohnkürzung, Aufbesserung der Schichtlöhne mit der Maßgabe, daß sie auch bei Gedingearbeit als Mindestlöhne gelten, vertragliche Vereinbarung der Arbeitsbedingungen. Das Werk wollte nur mit dem Arbeiterausschuß verhandeln, der aber besteht nur aus zwei Mann, wovon einer Streikbrecher ist. Die Streikenden lehnten daher eine Verhandlung durch den Ausschuss ab. — Die Werksleitung setzte mit Maßnahmen gegen die Streikenden ein, die in der Kantine wohnenden Ausständigen wurden ermittelt und anderen die Werkswohnungen gekündigt. Arbeitswillige kamen zwar viele an, doch zogen sie nach erhaltener Aufklärung wieder ab. Nur ein Trupp von etwa 15 Mann, der von Hamburg vermittelt war, hielt stand. Wie sich bald zeigte, gehörten sie den modernen Landsknechten Hingelcher Couleur an. Sie führten Revolver bei sich, betrogen sich äußerst herausfordernd und hielten Schießübungen im Tagebau ab. Natürlich machten sie von ihren Revolvern auch gegen die Streikenden Gebrauch. Die bürgerliche Provinzpresse, die von der Werksleitung genau so fleißig mit Berichten versehen wird, wie unser Parteiblatt mit Berichtigungen, weiß zu erzählen, es wäre auf beiden Seiten geschossen worden. Das ist unwaar, wofür auch spricht, daß zwei streikende Arbeiter Schußwunden am Kopfe erhielten. Der Streik dauert fort.

Ein Normalarbeitsvertrag für Innungen will der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag herausgeben.

Zu diesem Zwecke wurde an die einzelnen Innungsverbände nachfolgendes Rundschreiben versandt:

„Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages hat auf seiner Sitzung vom 11. November v. J. einer Anregung der Handwerkskammer Düsseldorf zufolge, beschlossen, eine Feststellung über den Umfang der im Handwerk bestehenden Tarifverträge vorzunehmen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages soll dann auf Grund des gewonnenen Materials einen Normalarbeitsvertrag für Innungen entwerfen.“

Es wird zunächst beabsichtigt, eine Sammlung der Tarifverträge durch die Geschäftsstelle zu schaffen, die insbesondere dann auch für eine Klärung der Rechtsverhältnisse des Arbeitsvertrages und über dessen Bedeutung für das Handwerk benutzt werden soll. Die Angelegenheit soll feinerzeit der Vollversammlung zur weiteren Beschlußnahme vorgelegt werden.

Wir kommen dem uns erteilten Auftrag nach und erheben die verehrlichen Innungsverbände hierdurch, uns durch Überweisung des bei ihm befindlichen Materials in der Materialsammlung von Tarifverträgen gefl. unterstützen zu wollen.

Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag.
gez. H. Plato. gez. Dr. Meusch.

Es mag ein ganz eigenes Monstrum von „Normalarbeitsvertrag für Innungen“ werden, das da vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag ausgebrütet werden wird. Bekanntlich stehen die einzelnen Innungsverbände den Tarifverträgen gegenüber, wie Feuer dem Wasser. Ob es den vorzoppten Innungsverbänden nicht auch einleuchtet wird, daß bei solchem Standpunkt ihre Mühe ein für die Arbeiter auch nur halbwegs annehmbares Normalarbeitsvertragschema zu schaffen, „für die Katz“ sein muß?

Angenehme Hinzubröder. In dem Städtchen Silesburg bei Leipzig sind die Unternehmer mit Hilfe des Reichsverbandes gar mächtig bestrebt, den freien Gewerkschaften das Lebenslicht auszublenden, indem sie die dort gut organisierten Arbeiter in den Nationalen Arbeitervereinen pressen wollen. Die Arbeiter wehren sich natürlich, und so ist es zu dem Ausstand von etwa 30 Arbeitern der Zellulosefabrik gekommen. Die Direktion dieser Fabrik hat sich nun eine Sendung Hinzubröder kommen lassen, muß aber mit dieser Sorte Menschen die übliche Erfahrung machen. So mißhandelte ein solcher Hinzubröder einen seiner Streikbrüder derartig, daß dieser sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Geschlagene hatte sich ins Gewerkschaftshaus geflüchtet, wo er übernachtete wollte. Er mußte jedoch abgewiesen werden, weil er voller Ungeziefer und mit einer anstehenden Krankheit befallener war. Etliche der lieben Arbeitswilligen befinden sich im Silesburger Krankenhaus, wo sie auf Kosten der Steuerzahler verpflegt werden. Andere dieser angenehmen Hinzubröder konnten den Unterschied zwischen Wein und Wein nicht verstehen und sind deshalb von der ihnen so wohlgegnanten Madame Justitia in schlagende Ohnut genommen worden. Ein anderer fand ein besonderes Vergnügen daran, Sonntag abend auf der Straße mit offenem Messer herumzufucheln. Ein Schnurmann, der für ein solches unschuldiges Streikbrechervergnügen nicht das richtige Verständnis hatte und den Messerhelden festnehmen wollte, bekam für diese Einmischung sogleich die entsprechende Bezeichnung: er wurde nämlich durch das Messer des Kommandanten:

an der Hand verlegt. Verschämt berichtet das Eisenburger Reichsverbandorgan über den Vorfall, daß ein Arbeiter einen Schuhmann mit dem Messer bedroht habe, verschmeißt aber natürlich, daß dieser Arbeiter ein Hingebredener war. Wäre ja auch zu fatal, einzugehen, von welcher Sorte Menschen diese Lieblinge des Schattmachertums sind.

Holzarbeiterausperrung in Dänemark. Die Sägewerksarbeiter und Maschinenführer sind gestern auf den Vertrieben des Arbeitgeberverbandes ausgesperrt worden. Bisher sind hier 1300 Mitglieder des dänischen Holzarbeiterverbandes betroffen. Die Aussperrung erstreckt sich auf Kopenhagen und das ganze Land.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Nachdem durch Schiedsbruch der zentralen Schlichtungskommission die Frage der Vertragsdauer entschieden, war anzunehmen, daß die Verhandlungen auf der ganzen Linie in schnellerem Tempo fortschreiten würden. Das ist nun leider nicht eingetroffen. In einzelnen Städten haben sich die Unternehmer nur nach langem Widerstreben zu Verhandlungen herbeigelassen, bei denen dann nichts herausgekommen ist. Die Stellung der Unternehmer ist nicht in allen Städten die gleiche, es scheint als wenn sie wenigstens in einigen Orten das Bestreben haben, zu einer Einigung zu kommen, während in anderen, wie z. B. Bremen und Neumünster, bisher Zugeständnisse überhaupt nicht gemacht wurden.

Die meisten Schwierigkeiten bereitet jetzt die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit. Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes war von dem Vorstand desselben inbezug auf die jetzt zur Verhandlung stehenden Städte erklärt worden, daß in diesen Städten die verkürzte Arbeitszeit als gestaffelt zu betrachten sei. Das sei in Leipzig im Jahre 1908, als die jetzt zum Ablauf kommenden Verträge unter Vorbehalt des Herrn v. Berlepsch vereinbart wurden, festgelegt worden. Der Vertreter des Holzarbeiterverbandes, Becker-Stuttgart, hat damals erklärt:

„Falls in der Stafflung der deutschen Städte hinsichtlich der Arbeitszeit eine Einigung erfolgt, so sollen die dann festgesetzten Arbeitszeiten für die nächste Vertragsperiode Geltung haben dergestalt, daß bei einer künftigen Neuberatung der jetzt abzuschließenden Verträge der Punkt Arbeitszeit ausscheidet.“

Nun ist es aber nicht gelungen, die in Aussicht genommene Stafflung weder in Leipzig, noch später durchzuführen. Trotzdem lehnen die Arbeitgeber für alle in Leipzig verhandelten Städte jede Verkürzung der Arbeitszeit während der neuen Vertragsperiode ab, selbst für solche Städte, die damals gar keine Verkürzung erhalten haben, weil man diese sämtlichen Städte als gestaffelt bezeichnet. Nun geht aber aus dem Leipziger Protokoll ganz deutlich hervor, daß eine Stafflung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit nicht stattgefunden hat, daß eine gemeinsame Beratung darüber späteren Zeiten vorbehalten bleiben sollte.

Trotz dieser klaren Sachlage behaupten die Arbeitgeber und insbesondere der Vorstand des Arbeitgeberverbandes immer wieder, die Städte sind gestaffelt. Sie weigern sich, über die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt zu verhandeln. In einzelnen Orten sind die Arbeitgeber sogar soweit gegangen, die Verhandlungen auch über die Lohnfrage solange abzulehnen, bis die Arbeiter auf die geforderte Arbeitszeitverkürzung verzichtet. Das konnten die Arbeiter nicht, und darum scheiterten in einer Anzahl Städte die fröhlichen Verhandlungen.

Zwischen den Verbandsvorständen war bekanntlich vereinbart, daß die alten Verträge bis zum 1. März gelten sollten. Auf die Disziplin in der Arbeitgeberorganisation wirkt es ein bezeichnendes Licht, daß die Arbeitgeber in Leipzig die Fischer trotzdem aussperrten und in Forst und Rethheim die Arbeiter kündigten, sodaß auch in diesen Orten die Aussperrung in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Daß durch dieses Vorgehen der Friede auch in den anderen Städten aufs höchste gefährdet wird, ist selbstverständlich. Wenn die Arbeitgeber der Meinung sind, daß die Holzarbeiter sich diese Provokationen ohne weiteres gefallen lassen, befinden sie sich auf dem Holzwege. Die Zentralvorstände in Gemeinschaft mit der zentralen Schlichtungskommission sind nun in den letzten Tagen aufs neue zusammgetreten und haben vereinbart, daß nuncmehr die Ortsparitäten zu zentralen Verhandlungen nach Berlin berufen werden sollen. Die Vertreter einiger Städte sind bereits eingetroffen und haben die Verhandlungen unter Beifolgung von Vertretern der Verbandsvorstände aufgenommen. Von den Fortschritten dieser Verhandlungen hängt es nun ab, ob der Friede auch nach dem 1. März gesichert bleibt. Die Entscheidung muß in wenigen Tagen erfolgen.

Soziales.

„Kurpischerei“. Im Reichstagsgebäude hielt die Gattin des Reichstagspräsidenten, die Gräfin von Schwerin-Löwlich am Donnerstag einen Vortrag über das Thema „Landflucht und Landpflege“. Die Rednerin führte aus, zwei Mittel böten die Möglichkeit, den großen Notstand der Landflucht zu bekämpfen; zunächst durch Ansiedelung städtischer Waisenkinder auf dem Lande und dann in der Ansiedlung von Landpflügerinnen. Es wäre natürlich verlorene Liebesmühe, der hochgeborenen Frau Gräfin plausibel machen zu wollen, daß sie von den wirklichen Ursachen des Notstandes der Landflucht keine blasse Ahnung zu haben scheint und daß sie mit ihrem kuriosen Rezepten nicht außerwählt ist, dem „Notstande“ ein Ende zu bereiten.

Gegen den Kaffeewucher. Eine Meldung des „Globe“ aus Washington besagt, eine Gruppe internationaler Bankiers in London, Brüssel, Paris, Berlin und New York habe unter Mitwirkung der Regierungen Brasiliens und des Staates Sao Paulo die Kontrolle des Kaffeemarktes zum Zwecke der Preisregulierung erworben. Das Kongressmitglied Norris habe im Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, in der das Staatsdepartement und das Justizdepartement ersucht werden, dem Kongress mitzuteilen, was geschehen könne, um das amerikanische Volk von dem Missstande zu befreien, und erklärt, die erhöhten Preise der billigeren Sorten träfen besonders die ärmere Bevölkerung, die Erhöhungen betragen 40 bis 50 Proz. und die jährliche Mehrausgabe für Kaffee in Amerika werde auf 35 Millionen Dollar geschätzt. Auf diese Nachricht hin sind die Preise an der New Yorker Kaffeebörse gefallen. Bei der Kaffeekolonisation, durch welche die Verteuerung hervorgerufen und unterstützt wird, ist auch deutsches Kapital beteiligt. — Zu dieser Meldung gibt die nachfolgende aus Washington vom 24. Februar 1911 eine prächtige kapitalistische Illustration: Hier verkündet, daß eine internationale Gruppe von Finanzleuten in New York, London, Paris und Brüssel mit der brasilianischen Regierung in Unterhandlungen getreten ist, um den gesamten brasilianischen Kaffeehandel in ihre Hände zu bekommen. Eine Kontrolle dieses Handels würde einem Kaffeetrust gleichkommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „politischer“ Prozech. Vor dem Schöffengericht in Straßburg wurde am Sonnabend eine Privatklage verhandelt. Die von Mitgliedern des Statthalter-Bureau und vom Adjutanten des Statthalters gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erhoben worden war. Das Blatt hatte eine Zuchtkraft aus den Reichsständen veröffentlicht, die angeblich von einer angesehenen Persönlichkeit aus dem Statthalterpalast herrührte und heftige Angriffe gegen den Statthalter richtete, dessen Politik in Ost-Preußen allzu verächtlich sei. Der Artikel forderte unverzüglich die Abberufung des Statthalters und auch des Bezirkspräsidenten von Preußen. In der Verhandlung bestritt der angeklagte Redakteur, die Privatklage im Auge gehabt zu haben. Das Urteil gegen ihn lautete auf 200 Mk. Geldstrafe.

Die vorher angeklagte Brandstiftung. Einen humoristischen Einfall hat eine Brandstifteraffäre aus Treuenbriegen, deren Urheber vor dem Potsdamer Schwurgericht standen: der Missionar Wilhelm Schulz, seine Ehefrau und Frau Marie W. Sch. verdiente sein Geld zum Hauskauf mit „Missionararbeiten“, d. h. wie er selbst erklärte, im Herumziehen mit Lichtbildvorträgen über das Thema: „Von der Himmelfahrt bis zur Auferstehung“. Aus dem Geschäft blieben dem flüchtigen Missionar die Beträge, um für 2100 Mk. das Grundstück in Treuenbriegen, Töpferstraße 3, zu kaufen. Die Feuerversicherungsprämie lautete zuletzt auf 4400 Mk. Infolge einer Reklamschuld sollte das Grundstück zur Subhastation am 17. Januar d. J. kommen. Sch. spielte aber Vorkrieg. Schon lange vorher äußerte Sch.: „Wei uns muß es brennen, wir wissen nicht mehr ein noch aus! In Treuenbriegen war der bange erwartete Brand Stadtgespräch. Ja, man ging in Voraussicht der kommenden Dinge so weit, daß man einem Feuerwehrhelfer den Auftrag gab, ja gut auf das Sch. Haus zu achten, damit man bald bei einem Brand mit der Spritze zur Stelle sei. Am Morgen des 16. Januar geriet der Schulz'sche Dachstuhl in Brand. Die wachsame Feuerwehr löschte den Brand schnell. Als man nachschauen hielt, fand man die Feilschwerkzeuge der Eheleute Sch. für die Brandnacht geräumt, wertvollere Sachen wurden in Säcken und Kuffeln schon vorher beiseite geschafft, und sogar der Schlafbrüche erbat sich bei guten Nachbarn einen Unterschlupf, falls es brenne. Die Schworenen bejahten bei dem „Missionar“ Schulz die Schuldfrage nach vorsichtiger Brandstiftung. Bei den beiden Frauen wurde nur § 139 für vorliegend erachtet, der die Nichtanzeige gemeingefährlicher Verbrechen vor der Tat mit Gefängnis bedroht. Nach dem Wahrbruch der Geschworenen wurde Sch. zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Frau Sch. erhielt zusammen mit einer früher verhängten Diebstahlsstrafe acht Monate Gefängnis und die W. einen Monat Gefängnis.

Ausföhrlich gemacht. Das oberbayerische Schwurgericht beschäftigte sich in dreitägiger Verhandlung mit den Angeklagten Anton Ulrich, dessen Ehefrau Karoline Ulrich und dem Metzger Ludwig Fischerberger. Diese hatten am 10. August vorigen Jahres die 65 Jahre alte Privatierin Ida Feldmeier, bei der die Karoline Ulrich zum Schein als Dienstmädchen eingetreten war, überfallen, gefesselt und gefesselt, wobei die 65 Jahre alte Frau den Erstickenstod fand. Anton Ulrich und Ludwig Fischerberger wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus und Karoline Ulrich zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Die preussische Polizei gegen streikende Ausländer. Fünf Österreicher und Italiener, die bei dem Streik am Ochsenkopftunnel im Waldenburger Kreise beteiligt waren, wurden jetzt von der Behörde ausgewiesen. Einer erhielt den Ausweisungsbefehl vormittags 10 Uhr und mittags 12 Uhr wurde er bereits unter starker polizeilicher Bedeckung nach dem Bahnhof transportiert. Noch schlimmer erging es einem anderen, den man direkt von der Arbeitsstelle wegholte und nach dem Bahnhof brachte. Dieses Opfer der preussischen Ausweisungspolitik ließ man überhaupt nicht mehr in seine Wohnung. Man holte seinen Überzieher herunter, die übrigen Sachen und sein eigenes Hausgerät mußte er zurücklassen. Einem dritten wurden seinen wenigen Sparsorgen polizeilich von der Sparkasse abgehoben und ausgehändigt. Alle wurden von zwei Gendarmen, drei Polizisten und zwei Polizeihunden nach dem Bahnhof gebracht und in den Zug verladen. Bis zur nächsten Grenzstadt begleitete die Polizei die Ausgewiesenen. Jetzt versuchen sie mit Hilfe der Konsulate wenigstens in den Besitz ihrer Sachen zu gelangen.

Von der Menschenwürde des Armenhändlers in Sachsen. Die sächsische Armenhauspraxis weiß nichts von Menschenwürde. Sie glaubt, sich mit den Armen der Armen, mit den Opfern der Gesellschaft, alles erlauben zu können. Ein Bewohner des Armenhauses in Löbau hat kürzlich eine Strafvorsatzung erhalten, aus der wir im folgenden das Wichtigste mitteilen. Die Verfügung beweist besser als alle übrigen Ausführungen, wie sehr die Armenhäuser entrechtet sind:

Dem Armenhausbewohner wird eine Haftstrafe von sechs Tagen zubilligt, weil er den Armenhausverwalter durch den Ausdruck „Lump“ beleidigt und durch laute Schreien vor dem Armenhaus die Ruhe gestört hat. Wenn der Beschuldigte sich weigert, diese Strafe abzulassen, so hat er die zwanagsweilige Vorführung zur Strafvorsatzung zu gewärtigen. Im übrigen wird ihm eröffnet, daß er Bestrafung mit körperlicher Züchtigung zu erwarten hat, wenn er nochmals der Armenhausordnung zuwider handelt.

Es ist geradezu unerhört, daß man für ein derartiges Vorgehen, wozu der Beschuldigte im übrigen auch noch, wie die „Volkszeitung“ Zittau mitteilt, geizig worden ist, ohne weiteres auf dem Verwaltungsverfahren eine Haftstrafe ansteht und im Wiederholungsfall sogar Prügel androht. Es besteht doch noch netze Zustände in der von Gott gewollten Gesellschaftsordnung. Die Armenordnung, auf Grund welcher die Verfügung erlassen worden ist, stammt aus dem Jahre 1840.

Opfer der Schuldliteratur. In Zittau bei Olmütz erhängten sich zwei Volkschüler aus Furcht vor der Entdeckung begangener Missetaten. Bei den Leichen wurde ein Defektroman mit dem Bild zweier gemeinsam erhängter Knaben gefunden.

Krupps Geschäfte blühen! Die Firma Krupp in Essen hat große Geschäfte für Argentinien erhalten.

Der falsche Untersuchungsrichter. Aus Innsbruck wird geschrieben: In Lana (Südtirol), dem Sitz eines Bezirksgerichts, hat ein Schwinder einen gelungenen Trick ausgeführt. Bei einer dortigen Familie erschien ein Fremder und stellte sich als Untersuchungsrichter aus Bozen vor mit dem Auftrage, ein Familienmitglied zu verhaften. Auf das Ersuchen der Familie, die dem Fremden Glauben schenkte, weil ein Angehöriger tatsächlich mit dem Gerichte in Konflikt gekommen war, nahm der angebliche Beamte von der Verhaftung Abstand, kassierte aber Gerichtskosten in Höhe von 50 Kronen ein. Später erschien der Fremde

abermals mit einem Urteil, wonach ein Familienmitglied zu 15 Monaten Kerker verurteilt sei, und wies eine Kostenrechnung von 100 Kronen vor, die ansichtslos bezahlt wurde. Als der Fremde zum drittenmal erschien und für die Verurteilung gegen das Urteil einen hohen Betrag forderte, schloß die Dame Veracht und ließen den Schwindler verhaften. Dieser, ein gewisser Jakob Modema, ist ein früherer Schaupielers und stammt aus einer guten Münchener Familie.

Eine Liebestragödie spielte sich in der Nacht zum Montag in Bonn ab. Der 27 Jahre alte Porzellanfabrikant Gregor Hauptmann aus Gromuth in Böhmen erschloß nach der Rückkehr von einem Maskenball seine Geliebte Agnes Krämer aus Köln. Dann verübte er einen Selbstmordversuch, indem er sich eine Kugel in die Schläfe schob. Tödlich verlegt wurde er in die Klinik gebracht.

Sieben Personen durch Materieexplosion getötet. In der Wohnung eines Friseurs in Arbon explodierte infolge Entzündung eines Feuerwerkskörpers ein Behälter, in dem sich eine große Menge Raketen befand. Hierdurch wurde das Haus stark demoliert. Die in dem oberen Stockwerk befindlichen Bewohner stürzten durch den zertrümmerten Plafond. Insgesamt verunglückten 14 Personen, davon sind sieben tot.

Wozu die Kanzel da ist. In Heidelberg ist die liberale „Heidelberger Zeitung“, weil sie in politischen Fragen und besonders in Sachen des Modernisierens eine Haltung einnahm, die dem Zentrumskaplan nicht gefiel, von diesen boykottiert worden. Die Erklärung, daß dem Blatt künftig die Gottesdienstordnung nicht mehr zur Veröffentlichung zugehe, wurde mit dem Briefwechsel, der mit dem Verlag geführt worden war, am Schluß des Gottesdienstes von der Kanzel verlesen! Das soll aber nach Zentrumsansicht beileibe kein Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken sei.

Wegen umfangreichen Schmuggels von Zuckerrüben wurden die Gasmühle Mäcker-Kunersdorf und Neumann-Schmiedeberg verhaftet. Bei letzterem wurde Zuckerrüben im Werte von etwa 3000 Mk. beschlagnahmt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Erdrutsch. Im Gebiet des Panama-Kanals hat ein Erdrutsch stattgefunden, der zu Besorgnissen Anlaß gibt. Eine Person wurde dabei getötet, mehrere erlitten Verletzungen.

Fünfzehn Arbeiter verbrannt. Aus Petersburg wird berichtet: In dem Pavillon der Schlichtungsbahn bei der Simonsowbrücke, in welcher 20 Arbeiter übernachteten, brach ein Brand aus, der durch eine umfallende Lampe verursacht wurde. 15 Arbeiter sind in den Flammen umgekommen.

Gefährdete Fischer. Nach telegraphischen Meldungen aus Gellingfors und Narva ist am Sonntag früh eine Eisbohle mit 200 von den bei Lavansaari ins Meer getriebenen 500 Fischern bei der Insel Seit-Skar angetrieben worden. Ein anderer Teil der Fischer soll auf einer Eisbohle bei Koivisto im Björkö und gelandet sein. Aus Gellingfors und Niga sind Eisbrecher zur Rettung der übrigen Fischer in See gegangen.

Schreckensstat eines Irren. In Utiol bei Valencia stürzte sich in einem Cafe ein Irrensinniger auf die Gäste und nach alle Erreichbaren nieder, bis er durch einen Revolverkugeln ins Auge getroffen und getötet wurde. Ein Dutzend Personen wurden schwer verwundet.

Brandunglück in London. Bei einer Feuerbrunst in dem Londoner Stadtteil Southwark sind zwei Feuerwehrlente lebendig verbrannt. In der Nacht zum Montag bemerkte man gegen Mitternacht, daß das oberste Stockwerk des großen Lumpen- und Papierlagerhauses von Cohen und Company am Südbende der Southwarkbrücke in Flammen stand. 200 Feuerwehrleute mit 30 Spritzen bekämpften den Brand lange vergeblich. Mit dem Beistand von zwei Themas-Feuerlöschern gelang es ihnen schließlich, den Brand auf das Copenhische Gebäude zu beschränken. Dichte Menschenmassen beobachteten von der London-Bridge und Southwark-Bridge aus das unheimliche Schauspiel. Während Feuerwehrleute die Ruinen durchsuchten, stürzte eine noch brennende Treppe ein und begrub zwei Feuerwehrleute. Obgleich man ihre eingeklemmten Körper sah, waren alle Versuche, sie zu retten, vergeblich. Bei diesen Bemühungen wurde ein dritter Feuerwehrmann schwer verletzt.

Pocken- und Masernepidemie in London. In den letzten Tagen ist in London eine Pocken- und Masernepidemie ausgebrochen. Die Masern herrschen schon seit einiger Zeit und haben in sechs Wochen acht Tausend Opfer gefordert. Die Pocken sind vornehmlich im Osten der Insel ausgebrochen und haben innerhalb 24 Stunden 25 Personen dahingerafft. Diese Epidemie beschränkt sich augenblicklich auf das Judenviertel, dessen Bewohner vornehmlich aus orientalischen Juden bestehen, die alle Regeln der Hygiene mißachten und das daher eine Brutstätte für derartige Epidemien bildet. Im Jahre 1902 sind in dem genannten Viertel innerhalb drei Monaten 1400 Personen an den Pocken gestorben.

Erordnung eines Deutschen auf hoher See. An Bord des deutschen Frachtdampfers „Cordoba“, der am Sonntag aus Bahia Blanca im Hafen von Dänkirchen eingetroffen ist, wurde Montag vormittag der 37 Jahre alte deutsche Mechaniker Wilhelm Schütt, der sich in Montevideo eingeschiffet hatte, in einem Waffentrocken er mordet aufgefunden. Der Leichnam war halbnackt und der Kopf mit einem Rasiermesser halb vom Kumpj getrennt, das durch den gewaltigen Schnitt zerbrochen war. Es liegt Raubmord vor. Der Mörder ist ein seit Bahia Blanca an Bord befindlicher Passagier, ein etwa dreißigjähriger Mann, der sich Juez Renau nannte und als deutschen Journalisten bezeichnete. Er befindet sich auf der Flucht nach Belgien.

Standesamtliche Nachrichten

vom 19. bis 25. Februar 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

5. Februar. Schiffseigner G. A. D. Blankenburg (Wenstorf). 7. Schuhwarenhändler G. F. Busch. 12. Brothändler H. C. W. Abraham. 13. Feilenhauer J. Zimmermann. 14. Gärtner C. F. C. Riehe (Krempelsdorf). 16. Arbeiter J. F. F. Möller. 17. Arbeiter G. G. Schicht. 18. Arbeiter G. C. H. Ahlers. 18. Bäckermeister G. G. Süße. Bureauvorsteher M. F. Deiß. 19. Arbeiter W. G. F. Schöning. Schlossergeselle F. J. E. Damm. 20. Arbeiter G. J. C. Bueh. 22. Arbeiter F. A. F. Boy. 23. Arbeiter A. Boroch. 25. Arbeiter D. Mathiesen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. Februar. Kaufmann A. G. C. Deuel. Arbeiter G. J. F. Wulff. 15. Gastwirt G. C. H. Vogt. Hausdiener D. W. Ulrich. Schlachter R. G. C. Müggendorf. 16. Klempner F. J. O. Groth. 18. Monteur A. Wolf. Tischler F. J. D. Petermann. 19. Arbeiter W. J. D. Schlichting. Arbeiter G. J. G. Grambow. Schiffseiger J. F. Borag. 20. Schlosser G. J. F. Palsow. Arbeiter D. J. L. Harz. Telegraphenarbeiter W. J. F. Burmeister. Droger G. W. B. Vogel.

22. Schwib G. F. F. Burmeister, Eisenbahnschaffner K. G. Evers, 24. Arbeiter G. F. H. Fick (Krempelsdorf), Zimmermann F. C. Fick, Ober-Bahnhofsvorsteher J. C. Neuvroth.

Ungeordnete Angebote.

20. Februar. Küchenschef N. Steinhagen in Hirschberg und J. M. Wittling, Realschuloberlehrer K. G. R. Schaefer in Jena und L. G. Müller in Götting. Geschäftsreisender J. P. W. Meyer und M. S. C. Loppentien. 21. Schiffschaffner G. F. W. Löbendorf in Hamburg und W. M. A. C. A. David. Maler H. J. F. Gienapp und A. K. S. G. Westphal. Kunstschreiner G. F. F. Kirchner und die Witwe G. S. C. Heuer geb. Groth. West-Elektro-Monteur G. K. A. Petersen in Kiel und W. A. F. Duns. 22. Arbeiter J. H. F. Köhl in Vorwerk und S. A. G. Düstöp. Tischler H. F. C. Schulze und J. F. W. Spethmann in Schönbrücken. Ober-Wolfschaffner G. F. D. G. Th. Tiemann und die Witwe M. D. Rullmann geb. Schwarz. Töpfer H. C. Ramm und G. R. Böttcher in Wadendorf bei Jarmen. 23. Kaufmann J. Dittmer und D. C. C. Goldschmidt. 24. Schiffszimmermann W. A. S. Rindt und J. Th. A. S. Lindenberg in Kottbus. Sergeant G. W. Rübach gen. Haack und G. L. R. Niese. Friseur G. W. Grote und W. M. Soltmann. Arbeiter G. C. F. C. L. Springuis und S. L. Nylén. 25. Müller F. A. Schoppke und F. C. Kretschmer, beide in Bremen. Kaufmann J. C. Chr. A. G. Bülle und G. A. C. M. Alvert. Arbeiter A. F. A. Lewig und M. Chr. C. Roggentamp.

Scheidliche Anzeigen.

21. Februar. Arbeiter Chr. F. F. Ohlert und geschiedene L. G. C. Voel geb. Pries. 22. Landmann G. B. Chr. Dresch in Heidekamp und W. G. H. S. Lahg. 23. Kutcher F. F. F. W. Kludus und A. O. F. Schnoor. Schlosser J. F. A. Ahrendt und A. C. M. Mahnte. Kaufmann H. G. Chr. Bätow und G. C. C. Dunder.

Sterbefälle.

18. Februar. Arbeiter J. F. F. Fick, 77 J. Gärtner J. A. P. Westphaling, 66 J. 19. Früherer Schirmmacher J. H. P. P. 77 J. M. C. S. Helms, 6 M. Früherer Photograph C. G. Drümmer, 66 J. A. C. G. England, 1 J. C. W. M. Sid, 79 J. Schiffs-Kapitän A. S. C. Behrens, 43 J. H. J. H. Wollau, 4 M. 20. M. geb. Den. Witwe des Maklers A. Reiser, 75 J. G. S. G. Schröder, 1 J. C. M. C. geb. Giesenberg, Witwe des Arbeiters J. C. S. Lampe, 80 J. M. A. G. geb. Weiphol, Witwe des Gemeindevorsethers G. G. A. Grand, 47 J. M. M. F. geb. Hering, Ehefrau des Arbeiters S. Gajewski, 57 J. (Gniffau). 21. A. F. F. P. 28 J. Handlungsgehilfe H. C. W. Düsterdieck, 19 J. M. M. Nig, 7 M. (Vorwerk.) Hauswirt B. S. Arndt, 62 J. (Sabow). G. C. S. geb. Koelgen, Witwe des Arbeiters J. D. Dahlstein, 63 J. 22. G. G. F. geb. Niemann, Ehefrau des Privatiers L. S. Viehfeldt, 67 J. Tischler J. M. J. Voss, 70 J. Arbeiter L. D. G. F. Meyer, 28 J. Seemann J. R. Wommelsdorff-Friedrichsen, 20 J. Privatmann G. J. B. Nagel, 80 J. G. J. R. Thiel, 2 J. G. M. Dahlenburg, 8 M. Ein Mädchen, 5 Stunden. B.: Zimmermann J. C. Fick. F. M. D. geb. Kaetzer, Ehefrau des Arbeiters W. J. L. C. Woltersdorf, 25 J. (Fremdkamp). 24. G. C. Niechers, 11 M. (Hamburg.) Privatmann M. S. Stoack, 73 J. M. A. R. Kiehl, 5 M. F. M. geb. Helmbricht, Witwe des Arbeiters F. S. G. Fick, 73 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Das Kinderverbot in den Kinematographen.

Am vorigen Sonntag waren die Straßen unserer Stadt mit herumirrenden Kindern angefüllt. Ihnen allen war von dem Polizeiamt das so harmlose Vergnügen des Kinobesuches verboten. Ferner mühten Eltern mit ihren Kindern an der Kasse der Kinematographentheater wieder umkehren, weil die meisten hiesigen Kinematographentheater sich gezwungen sehen, die „Jugendvorstellungen“, zu welchen die Jugend allein nicht kommen darf, ganz ausfallen zu lassen, um dem Drucke der Polizeiverordnungen nicht zu unterliegen. Denn während sie diese sogenannten „Jugendvorstellungen“ abhalten, so müßten sie um 7 Uhr ihre sämtlichen Gäste, auch die Erwachsenen, hinausjagen, und dann ihre Porten bis 7 1/2 Uhr schließen. Und warum müssen die Kinematographentheater diese unerklärliche Pause machen? — Weil gelüftet werden soll! — Während der „Jugendvorstellungen“ ist das Rauchen verboten. Also Tabakqualm ist nicht vorhanden und meiner Ansicht nach sind die Ventilationsvorrichtungen der Kinematographen vollständig ausreichend, um die verbrauchte Luft zu erneuern. Wenn das hiesige Polizeiamt um die Luft in den Kinematographen so sehr besorgt ist, warum verbietet es denn das Rauchen nicht überhaupt ganz und gar? Wie könnte man jetzt noch überrascht sein, wenn es auf einmal hiesige, die hiesigen Restaurants, Cafés und Tanzlokale mühten zu bestimmten Zeiten ihre Lokalitäten räumen und das Publikum auf die Straße jagen, weil „gelüftet“ werden soll. Ich für meinen Teil finde diese Lüftungsmanöver ebenso unbegründet, als es bei den Kinematographentheatern der Fall ist.

Und warum dürfen nun die Kinder die vom hiesigen Polizeiamt extra für Kinder als gut befundenen Lichtbilder nicht allein sehen? Auch diese Verfügung ist mir vollständig unverständlich. Aber es ist den Kindern deshalb unterlagt, das Kinematographentheater allein zu besuchen, weil das hiesige Polizeiamt meint, daß die Kinder dadurch sittlich und moralisch sinken. Die harmlosen Lichtbilder, in welchen eine schlechte Tat nie ungesühnt bleibt, sondern immer ihre gerechte Strafe findet, wo das Kind die Folgen des Schlechten vor sich sieht, sind nicht unmoralisch. Auch nicht jene Verwicklungen, wo an dem Kinderauge in ungeheurer Naturtreue die wunderbarsten Weltgegenden vorüberziehen, wie kein Panorama und kein totes Bild es gleich tun kann, wo das Kind sich erfreut an den überaus drohlichen Humoresken. Wenn das Polizeiamt nun meint, daß die Kinematographen dem Kinde schädlich sind, was sind denn das Stadttheater und die Stadthallen? Die Vorführungen wie „Die Ehre“, „Moral“, „Die geschiedene Frau“, „Die blaue Maus“, „Gretchen“, „Varietéensemble“ und viele mehr sind vielleicht fördernd für die Jugend? Und zu diesen Vorstellungen ist den Kindern der Zutritt allein erlaubt. Hier dürfen sie die Intriquen des Lebens in sich aufsaugen, und sich an den modernen Fragen der Gesellschaft sättigen. Aber in den harmlosen Kinematographen dürfen sie nicht. Dies reime sich einer zusammen.

Ich kann es nicht. Ferner werden die Buntdruckplakate der Kinematographentheater einer sehr scharfen Kontrolle unterzogen. Lebhaftige Farben, ein gezogener Regen, ein harmloses Negerweib genügen schon, um das Bild zu verbieten. Da sehe man nun mal in die Schaufenster der Kunsthandlungen. Was sieht das Kind da? Alles was den Kinematographen verboten wird, und noch weit mehr. Hier wird man nun mit der Antwort entgegenkommen: Das ist „Kunst“! Aber wo ist das Kunstverständnis bei den Kindern? Es ist verschwindend wenig, und wo nun die moderne Kunst mit falschen Augen angesehen wird, da ist sie der Jugend unabweisbar gefährlich. Aber da wage es noch einer zu sagen, daß wir nicht leben im Zeichen des Fortschritts. Wenn nun das Polizeiamt denkt, der Jugend ihre Unschuld zu bewahren, dann muß es die Hebel aber an ganz andere Stellen ansetzen wie bisher, und den Kindern nicht ein wertvolles Aufbaumittel nehmen.

Ein genau Informierter.

Literarisches.

Carl Hagenbeck, „Von Tieren und Menschen“, Ergebnisse und Erfahrungen. Neue, wohlfeile Ausgabe, 6 Mark. In 21 Lieferungen a 25 Wg. zu beziehen. Man hat Hagenbecks Buch, das jetzt in billigen Lieferungsheften vorliegt, mit Recht als eins von jenen so seltenen Büchern bezeichnet, die jedem etwas geben, die der kleine Pub mit Begeisterung verschlingt und der erwachsene Mann mit Genuß liest. Kurzum, die einer ganzen Familie geeignete Lektüre bieten, und in der Tat wird niemand, der das Buch zur Hand nimmt, es weglegen, ohne den interessanten Inhalt bis zu Ende genossen zu haben. Die schlichte Art, in der Hagenbeck von sich erzählt, spricht ungemein zu Herzen. Als Mutter eines guten Sohnes mit seiner wohlverdienten Blüte kann er unserer Jugend als bestes Vorbild dienen. Erstausgibt ist, was dieser Mann alles geleistet und vor sich gebracht hat, wie er mit einem alten Seebund in der Tenne anfang und heute der Welker des herrlichsten Tierparadieses in Stellingen bei Hamburg ist. Seine grandiosen Völkerschaukellungen und Tierdressur-Unternehmungen laden Hunderttausende in allen großen Städten zum Besuch, seine Hirschen durchstreifen mit Schlinge und Büchse aller Herren Länder auf der Suche nach seltenen Tierarten, er versorgt die zoologischen Gärten der Welt mit seinem Tierhandel — fürwahr ein Mann, von dessen Weltbetrieb ein anschauliches Bild zu erhalten, jeden interessieren wird. Die Art, wie er von seinem Leben und seinem Wirken erzählt, ist äußerst reizvoll. Alles hat den Charakter des Selbstverständlichen, ob es ein gefährliches Abenteuer mit einem Eisbären ist oder mit einer Klapperschlange, wo er mit genauer Not dem Tode entrannt, ohne es geahnt zu haben. Der Schatz der 134 trefflichen, außerordentlich instruktiven Abbildungen trägt sehr viel zum Werte des Buches bei. So ist dieses in der Lieferungsangabe jedem zugängliche Werk sehr zu empfehlen. Unsere Buchhandlung nimmt Abonnementsbestellungen auf die Lieferungsangabe entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Gesundheit — durch seine **Bekömmlichkeit,**
Genuss — durch seinen **Wohlgeschmack,**
Ersparnis — durch seine **Billigkeit**
bringt Ihnen
„Kathreiners Malzkaffee“.

Der Gehalt macht's!

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden sehr erfreut **Friedrich Scheel u. Frau,** Kattenhof.

Montag früh 5 1/2 Uhr entließ nach kurzer schwerer Krankheit in ihrem 56. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Anna R. Böttcher, geb. Schütt.

Tief betrauert und schmerzlichst vermisst von allen, die ihr nahe standen.

Wilhelm Böttcher u. Familie.

Lübeck, Oberstraße 21/2.
Beerdigung am Freitag um 1 1/4 Uhr vor der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus.

Für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit erzielten Geschenke und sonstigen Aufmerksamkeiten danken wir allen herzlich.

Wilhelm Bannow und Frau, geb. Steffen.

Für die vielen Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich.
Herm. Rathcke und Frau, geb. Kaiser.

Fremdbl. möbl. Zimmer zu vermieten
Weichhorstraße 40. part.

Eleganter Damen-Maschinenanzug (Garnen) zu vermieten
Königsstraße 89. III.

Zum 1. April eine abgesehl. **Zwei-Zimmer-Wohnung** mit Zubeh. von jung. Ehepaar m. 1 Kind gesucht, am liebst. Barutstr. u. **CBE a. d. Grv.**

Zum 1. Juli eine **Drei-Zimmer-Wohnung** (Gtg.) a. Leuten in einem Sohn d. Barut. gesucht. Angebote unter **E C 12** a. d. Exped. d. Bl.

Ein **Sand** im Gang od. Lormen zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **A 3** an die Expedition dieses Blattes.

Ein **Sitz- und Liegewagen** mit Gummireifen zu verkaufen.
Meierstr. 76. II.

Wyrtenbäume

zu verkaufen. Segebergstr. 7. II.

Neue **Pflanzgarnitur** zu verk. Preis 80 Mk. Steinradweg 21.

Für **neuer Konfirmanden-Anzug**, für mittelg. Knaben, billig zu verkaufen. Koppelstr. 11a, Holstenor.

Eine Sportkarre

mit Gummireifen zu verk. Preis 5 Mk. Chasotstraße 2.

Eine Ziege

zu verkaufen. Friedenstr. 22.

8 junge Legehühner

mit Hahn zu verkaufen.
N. Junk, Stedelsdorf.

Vertoren am **Wannoch** beim Gerbepfah ein **Portemonaie**. Bitte abzugeben
Glorinsstraße 14.

Frische Landeier.

Joh. Böttcher, Meiserstr. 43.

Unsere Lesern zur Kenntnis, daß das Werk

NAPOLEON

zunehmend wieder vorrätig ist.
Preis Mk. 3.—

Verhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 45.



P. P.
Durch die ungeahnte Ausdehnung, die meine seit 6 Jahren nebenbei betriebene **St. Jürgen-Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung** verbunden mit **Reparaturwerkstatt**

gewonnen hat, sehe ich mich gezwungen, meine Stellung als **Werkmeister** der Maschinenfabrik i. F. Schetelig & Nölek aufzugeben, um mich ganz meinem Geschäft widmen zu können.

Durch große Abschlässe, sowie Vermeidung aller Unkosten für Lademiete, meine Maschinen zu konkurrenzlos billigen Preisen abzugeben. Ich werde auch in Zukunft bestrebt sein, durch gute und zuvorkommende Bedienung mir das Vertrauen meiner werten Kunden zu verdienen und zu erhalten. — Berücksichtigung des Lagers (ohne Kaufzwang) jederzeit erwünscht. Preislisten stehen gratis und franko zu Diensten.

Gleichzeitig erlaube ich mir, auf meine **Schlosserei und Maschinen-Reparaturwerkstatt** empfehlend hinzuweisen.

Hochachtungsvoll
C. H. J. Graeob,
Schlosser und Mechaniker, Lübeck, Blücherstr. 23, I.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste **Familien-Witzblatt**

Meggendorfer-Blätter
München 2 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— 2

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 41

Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 41, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Geschäfts-Eröffnung.

Am 1. März 1911 eröffne ich meine neue

Gastwirtschaft in Kücknitz

und bitte meine sehr werten Freunde und Gönner, das mir in so großem Maße in Waldhusen geschenkte Vertrauen auch hier entgegen bringen zu wollen. Hochachtungsvoll

Kücknitz. Carl Jürgens.

Günstig für Brauente.
Neue moderne **Wohnungseinrichtung**, bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmern und Küche. Preis 500 Mk. in bar 4% Rabatt.

Das Wohnzimmer ist im Schaufenster ausgestellt.
Sunderstraße 13.

Abreisenden anzuweisen u. nachgefordert zu werden
Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Exeditionskaufgeschäft **Fischerstr. 52.**

Mittwoch, den 1. März:

Grünkohl-Essen

Anfang morgens 11 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

J. Brinker, Schmiedestr. 4-6.

Hansa-Theater

Heute Dienstag, anf. 8 1/2 Uhr:

Große Abschieds-Vorstellung.

All Abroad Comp.

„Liebesnacht“.

Eine nächtliche Boudoirszene von Graf Max Löwenstein, bearbeitet von Aug. Reichardt.

„Der Defektiv“.

Schwanz in einem Akt von Georges Nantau.

„All wrong“.

Burleske in einem Akt von Walter H. Paris.

Bis 4. März bleibt das Theater geschlossen. Ab Sonntag, dem 5. März: Große internationale Spezialitäten-Vorstellung.

Vorverkauf bei **Sager.** Vorzugskarten wochent. gültig.

März

a der
inter-
egen,
d zu
ber
den
Hier
Das
kin-
mo-
t sie
noch
fort-
ihre
ganzt
nicht
er.

Ge-
u s.
de-
igen
u so
der
lene
nlie
der
iter-
ichte
zu
ohl-
bilb
und
in
steu
ran-
igen
sch,
illec
ver-
ier-
em
Ste
ft
nd,
ren
Not
bay
gen
in
zu
be-

Co

itz
unde
kem
Ber-
gehen

MS.

rich-
mer,
breis
hau-

B.
nach-
en
obst-
und
52.

PA

de-
-6.

37